

# Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 15. August 1928  
10. Jahrgang, Nummer 180

Ersteinst täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Inbegrifflich 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die gebrauchteste Werbefläche ober deren Raum 12 Bl., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Bl., Kellnerpreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile ober deren Raum im Zeit 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme bei der Haupt-Expedition 3 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptvertrieb:** Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 580 90. **Post-Expedition:** Breslau 544, **Reaktion:** Breslau, Kreuzer Straße 50, Telefon 288 87. **Druckerei:** Breslau, Kreuzer Straße 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Glatz, Wilhelmstraße 25, Telefon 1068. **Vertrieb:** Glatz, Telefon 2284. **Geschäftszeit:** von 8-10 Uhr. **Vertrieb:** Glatz, Kreuzer Straße 10, Telefon 1068. — **Verlag:** Glatz, Verlags- und Druckerei, m. B. G., Breslau. — **Druck:** „Reubag“-Breslau, III. Breslau, Kreuzer Straße 50.

## Gegen den Panzerkreuzerbau! Interpellation der kommunistischen Fraktion — Einberufung des Reichstages gefordert

(Eig. Bericht.) Berlin, 14. August.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat beim Reichstagspräsidenten den Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages zwecks Stellungnahme zum Panzerkreuzerbeschluss des Kabinetts gestellt.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzu fordern, den Bau des im März dieses Jahres beschlossenen Panzerkreuzers A nicht in Angriff zu nehmen, die im März dieses Jahres dafür bewilligte erste Rate von neun Millionen Mark für Schulpeisungen für Volksschulkinder zu verwenden und umgehend einen entsprechenden Ergänzungsetat vorzunehmen.

### Ist die Regierung bereit . . ?

Interpellation der kommunistischen Fraktion zum Panzerkreuzerbau

Zur Gegenüberstellung zu dem Willen der breitesten Massen des werktätigen Volkes hat das Reichskabinett beschlossen, den Bau des Panzerkreuzers A durchzuführen und damit die neue deutsche Aufrüstungspolitik zur Unterstützung des neudeutschen Imperialismus fortzusetzen.

Die Reichsregierung hat damit die Forderung der breitesten Volksmassen auf Verwendung dieser Mittel für Kinderpeisungen in den Volksschulen abgelehnt.

Die Reichsregierung hat damit eine Entscheidung gefällt, die nach den Neuwahlen ohne Zweifel dem Reichstage selber zukommt.

Ist die Reichsregierung bereit, sich wegen dieses unerhörten Schrittes unverzüglich vor dem Reichstage zu verantworten?



Das Panzerkreuzer-Kabinett mit Hindenburg bei der Verfassungsfeier  
Von links nach rechts: Reichsweheminister General Groener, Hindenburg, Severing, von Kardorff (Reichstagspräsident)

### Hier hilft kein Leugnen mehr!

Worin liegt die ungeheure Bedeutung des Panzerkreuzerbeschlusses der sozialdemokratischen Minister für die gesamte politische Entwicklung in Deutschland?

Neun Millionen sozialdemokratischer Wähler sind von den reformistischen Führern vor den Wahlen mit der Losung „Wer keinen Panzerkreuzer will, wähle Liste 1“ genarrt worden. Neun Millionen sozialdemokratischer Wähler gaben ihre Stimmen, indem sie, auf die Versprechungen der SPD. vertrauend, die Liste 1 wählten, in Wirklichkeit gegen den Krieg, gegen den Kapitalismus ab.

Was ist seitdem geschehen? Gewiß hat ein Teil dieser neun Millionen Wähler schon aus dem Verlauf der ersten Wochen des Reichstages die Lehren gezogen. Hermann Müllers Regierungserklärung, der schamlose Schwindel mit der Lohnsteuererhöhung, das skandalöse Verhalten der SPD. in der Amnestiefrage, die Verbindlichkeitsklärung der 53-Stunden-Woche durch den sozialdemokratischen Arbeitsminister Wissell — das alles hat vielen Tausenden und Zehntausenden sozialdemokratischer Wähler, vielen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei schon die Augen geöffnet. Den Beweis liefern die in den letzten Wochen erfolgten Austritte aus der SPD. und der Eintritt der sozialdemokratischen Arbeiter in die SPD. den Beweis liefern auch die verzweifeltsten Ablehnungsmanöver der SPD.-Presse, die aufs höchste gesteigerte wilde Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion, gegen die Komintern, gegen die KPD.

Dennoch kann man feststellen, daß die Millionenmassen der sozialdemokratischen Wähler die Lehren der ersten Tage der Koalitionsregierung bisher nicht richtig begriffen. Die Ursache liegt im Mangel an politischer Schulung, ohne die es nicht möglich ist, die Tragweite der imperialistischen Bekenntnis der Müller und Severing zu begreifen, die Schwindelmanöver der gerissenen Demagogen zu durchschauen. Ehrlich und einfach denken die Arbeiter! Sie können sich noch immer nicht vorstellen, daß die Führer der großen sozialdemokratischen Partei sie bewußt vorsätzlich betrügen, nur als Stimmvieh benutzen wollen. Richtiger gesagt: sie können sich dieses Maß der Heuchelei, des Verrats, der Verbüßung nicht vorstellen, solange die derbe Sprache der handgreiflichen Tatsachen selbst sie über die Wirklichkeit nicht belehrt.

Hier liegt die ungeheure Bedeutung des Panzerkreuzerbeschlusses. Hier hilft kein Leugnen mehr! Hier handelt es sich nicht mehr um vaterländisch-imperialistisch gehaltene Erklärungen und Festreden der sozialdemokratischen Minister und Führer, nicht mehr um gemeinsame Aufmärsche des Reichsbanners mit Stahlhelm und Kriegerverein, die, wenn auch noch so deutliche Symptome, so doch immerhin Symptome der volksgemeinschaftlich-imperialistischen Gesinnung sind. Hier handelt es sich um Taten, um verantwortliche, entscheidende Beschlüsse der sozialdemokratischen Minister im Reichskabinett. Die Sprache der achtzig Millionen für den Panzerkreuzer A, die Sprache der 500 Millionen für die kommende Serie von Panzerkreuzern — das ist eine Sprache, die nicht mehr gebuddelt und verflüchtelt werden kann, die auch die einfachsten Arbeiter verstehen werden.

Der Panzerkreuzer-Beschluss des Hermann-Müller-Kabinetts kündigt unzweideutig an, daß die SPD. in ihrer Koalitionspolitik an der Grenze angelangt ist, wo der Betrug der sozialdemokratischen Wähler mit Versprechungen und Verleumdungen nicht mehr fortgesetzt werden kann. Daß diese Grenze nach so kurzer Zeit erreicht wurde, ist ein Beweis für die Schärfe der Klasse gegen Klasse in der deutschen Trustrepublik, ein Beweis für den unerhörten Ernst der Kriegsgefahr, ein Beweis auch dafür, daß die Tatsache der Koalitionsregierung die Grenzen der von der Bourgeoisie den Massen gewährten Konzessionen überhaupt nicht erweitert hat.

Die sozialdemokratische Presse ist bekanntlich alles eher denn ein Spiegelbild der wahren Gedanken und Gefühle der sozialdemokratischen Arbeiter. Aber das Bild der SPD.-Presse am Tage nach dem Kabinettsbeschluss über den Panzerkreuzerbau ist diesmal nichtsdestoweniger außerordentlich lehrreich. Die vollkommene Verwirrung, das verlegene Schweigen, die hilflosen Versuche, den Panzerkreuzerbeschluss irgendwo an einer unauffälligen Stelle des Blattes zu verdecken, das gekünstelte Geschrei der linken SPD.-Presse — die ganze ohnmächtige Bestürzung und Unruhe der sozialdemokratischen Redakteure über den verfluchten Panzerkreuzerbeschluss zeigt, welche Erschütterungen sie für die nahe Zukunft in der SPD. selbst befürchten.

Eine Reihe von SPD.-Zeitungen, die vor den Wahlen große Leitartikel und Uberschriften gegen den Panzerkreuzer A brachten, begnügen sich — ach, wie bescheiden! — mit der kommentarlosen Wiedergabe der amtlichen Mitteilung über den Kabinettsbeschluss.

## Der Völkerbund für Polen gegen Litauen

11. Genf, 13. August. Der litauische Ministerpräsident Wolbomaras hatte bekanntlich am 23. Juli beim Generalsekretär des Völkerbundes einen Schritt unternommen, um die Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen durch den Völkerbund zum Schutze gegen Grenzzwischenfälle anlässlich der polnischen Wanderversicherung der litauisch-polnischen Grenze herbeizuführen. Die litauische Note war damals vom Generalsekretär des Völkerbundes gemeinsam mit der polnischen Antwortnote, die die Gefahr von Grenzzwischenfällen in Abrede stellte, dem Präsidenten des Völkerbundesrates, sowie dem Berichterstatter im Räte, dem holländischen Außenminister zur Entscheidung übermittelt worden, und zwar in Verfolg der Bestimmungen der bekannten Ratsentscheidung vom 10. Dezember 1927 über die Regelung der polnisch-litauischen Beziehungen. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat nunmehr in einem Schreiben den litauischen Ministerpräsidenten davon in Kenntnis gesetzt, daß der gegenwärtige Ratspräsident, der Berliner Gesandte von Kolumbien, de Agüero y Bethancourt, und der holländische Außenminister im Hinblick auf die Erklärungen der polnischen Regierung eine Anwendung der in der Ratsentscheidung vom Dezember 1927 vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen für den Fall drohender Grenzkonflikte nicht für erforderlich erachtet.

Diese Antwort des Völkerbundes bestätigt die von uns wiederholt behauptete Tatsache, daß die imperialistischen Großmächte England, Frankreich usw. Polen deden und seine Mobilisierungsmaßnahmen führen. Die Kriegsgefahr — gegen die zu kämpfen die Komintern die Arbeiterschaft in allen Ländern aufruft — wird durch die Antwort des Völkerbundes weiter verschärft.

### Sozialist Paul Boncour gegen die Rheinlanddrängung

Breslau, 14. August.

Kurz vor Redaktionsschluss wird gemeldet, daß Paul Boncour, Mitglied der Sozialistischen Kammerfraktion und Vertreter Frankreichs im Völkerbunde, in einer Zuschrift an das Lokalblatt seines Wahlkreises schreibt, daß er und seine Freunde auf dem außerordentlichen Parteitag der französischen Sozialistischen Partei im Juni sich gegen die sofortige und be-

dingungslose Räumung des Rheinlandes gewandt haben und auch heute noch diesen Standpunkt vertreten.

Dieser Paul Boncour ist wirklich würdig der 11. Internationale.

### Uberschwemmungskatastrophe in Indien

London, 13. August. Eine der größten Überschwemmungen, die die Welt im Laufe der letzten Jahrhunderte erlebt hat, nahm heute ihren vernichtenden Weg durch mehrere der blühenden Täler Kaschmirs. Einer der Nebenflüsse des Jindus durchbrach in seinem oberen Laufe im Himalaya im Laufe der Nacht eine 1200 Fuß hohe und 1000 Fuß dicke Eisbarriere, die sich im Laufe der letzten Jahre gebildet hatte und einen mehrere Quadratmeter großen See mit einer durchschnittlichen Tiefe von 15 Fuß, der sich aufgestaut hatte. Glücklicherweise trifft diese Überschwemmungskatastrophe die Bevölkerung der Täler nicht ganz unerwartet. Seit Wochen rechnete man infolge des ständigen Steigens des Wasserpiegels mit einem Durchbruch der Wassermengen.

### Vom Tage

Staatssekretär Kellogg wird sich am Sonnabend nach Europa einschiffen.

Die jugoslawische Skupschtina stimmte mit 158 Stimmen der Ratifizierung des Nettuno-Abkommens zu. Die kroatischen Abgeordneten blieben der Abstimmung fern.

In der Nacht vom 12. zum 13. d. M. wurden gegen das kroatische Bauernheim in Agram mehrere Schüsse abgegeben, die ihr Ziel verfehlten.

Das englische Außenamt veröffentlichte gestern Abend den Notenwechsel zwischen der Kanting-Regierung und dem britischen Generalkonsul in Schanghai über die Beilegung des Kantinger Zwischenfalls.

In der Sitzung des Abgeordnetenklubs der kroatischen Bauernpartei wurde festgestellt, daß Raditsch kein politischer Testament hinterlassen hat. Als Nachfolger von Raditsch wurde Dr. Matich zum Vorsitzenden des kroatischen Bauernklubs gewählt.

# Mein König hat mich beauftragt

## Aus 2 Reden des Sozialdemokraten Vandervelde

Neben Scheidemann und Henderson ist Vandervelde einer der berühmtesten Sozialimperialisten, die mit ihren Kapitalisten Arm in Arm das imperialistische Marsden unterdrücken.

Vandervelde hat jetzt auf dem Brüsseler Kongress der Zweiten Internationale eine „Friedensrede“ gehalten, „minutenlang stürmisch begrüßt“ von seinen sozialimperialistischen Gesinnungsgegnern. Wir gliedern es deshalb für notwendig, diesen Typ der Zweiten Internationale näher zu beleuchten.

Der Mann im Bild ist Vandervelde. Links bringen wir eine der zahlreichen Feldpredigten, die Herr Vandervelde im Auftrage

seines Königs gehalten hat. Rechts steht ein Auszug aus Vanderveldes Rede auf dem Brüsseler Kongress. Beide Artikel sind sozialdemokratischen Zeitungen entnommen.

Heute phrasiert Vandervelde noch über Sozialismus und Frieden, morgen vielleicht schon wird er wieder im Auftrage seines Königs die Truppen der Imperialisten begeistern, wie er es 1914 getan hat, als er die aus den Wäldern Afrikas gepressten schwarzen Krieger selektierte, als die „Verteidiger der europäischen Zivilisation gegen die deutschen Barbaren“.

Vandervelde aber verkörpert die Zweite Internationale!

### Vandervelde in Brüssel

„Volkswacht“, Breslau  
6. August 1928

„Dann sprach, stürmisch begrüßt, Vandervelde im Namen der belgischen Partei: „Er verstand es durch sein meisterhaftes rednerisches Talent die Zuhörer noch mehr zu fesseln als seine Vorredner: „

„Heute, im Jahre 1928, bilden die Vertreter der Sozialistischen Internationale eine Macht, mit der jede andere Macht auf Erden rechnet.“

„Gleichwohl, ob wir in der Opposition oder in der Regierung sind, unser Kampf muß stets der gleiche sein: der Kampf für die völlige Verwirklichung des Sozialismus und zugleich der Kampf, wie es richtig genannt wird, der harte Kampf für den Frieden.“

„Aber führen denn nicht alle verantwortlichen Männer das Wort Frieden auf den Lippen? Sind nicht alle Auserwählten Kandidaten für den Nobelpreis?“

„Aberdings herrscht zwischen den Regierungen Einverständnis darüber, daß Nicaragua zu intervenieren nicht Krieg bedeutet, Korfu zu bombardieren, Revolven in Damaskus und Marokko niederzuschlagen, Truppen in Schantung zu landen, die Ordnung in Hankow wiederherzustellen, alles das nicht Krieg ist.“

„Die logische Folge des Kellogg-Battes ist geradezu die Räumung des Rheinlandes.“

„Wir fordern, daß die Abrüstung nicht allein einigen Staaten aufgezwungen, sondern von allen verwirklicht wird. Wir bekräftigen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenn die großen Parteien der Internationale an der Macht sein werden, wird dieses Programm verwirklicht werden.“

Deutschland hat sich eben zum ersten Male in ruhigen Zeiten eine Regierung gebildet, deren Pfeiler der demokratische Sozialismus ist, die mit Recht fordern kann, daß man ihr Vertrauen schenkt.“

Vandervelde wendet sich dann noch mit aller Schärfe gegen die Politik der Kommunisten und gegen das Regime der Diktatur. Als er geendet hatte, wurde er minutenlang stürmisch gefeiert.“



### Aus Vanderveldes Feldpredigten:

„Bremer Bürger-Zeitung“  
5. Dezember 1914

Der Berichterstatter erzählt: „Kanonen Donner bröht durch das Land — Mehrere Truppen-Abteilungen bilden einen Kreis — nahe bei Dinslaken. Ein Arm mit einem geschlossenen Regenschirm erhebt sich — jemand spricht mit lauter Stimme: „

„David hat Goliath besiegt!“ Ihr habt harte Proben überstanden. Ihr hattet Hunger, ihr froret — ihr friert noch. Ihr kammert die Bitternis des Rückzuges. Ihr waret allein in Lüttich, Tirlemont, Antwerpen — allein gegen einen durch Zahl und Organisation fürchterlichen Gegner. . . . Vor zwanzig Tagen machten die Deutschen einen vergeblichen Versuch, euch einzubringen. Ich war unter euch. Ich ermutigte euch, bei euch auszuhalten, beschwor euch, koste es, was immer, den Rest eures Landes, der euch blieb, zu verteidigen. Ihr habt es getan. Ihr habt den „Boche“ aufgehalten. . . .

„Ich bin gekommen, euch zu beglückwünschen. Der König hat mir gesagt: „Gehen Sie zu den Truppen. Geben Sie ihnen das Bewußtsein ihres Heldentums. Zeigen Sie ihnen, wo wir halten. Weichen Sie Ihre Hoffnungen. — Nun, meine Freunde, wenn eure Hoffnung der meinen gleicht, muß sie glänzend sein. Im Anfang waret ihr allein.“

„Blickt jetzt um euch! Die Franzosen, die Engländer sind an eurer Seite. Aus Indien, Südafrika, Kanada, aus allen Ländern kommen die freien Männer, euch Herz und Brust anzubieten. Die Kosaken, die Kosaken sind in Preußen und haben eure Feinde schon das Glend der Invasion kennen gelehrt.“

„Meine Freunde! Man bedarf noch eures Mutes. Ihr friert, ihr habt den Regen — mit dem Deutschen zusammen macht das drei Feinde. Seid dreimal tapferer.“

Nach unseren Städten, meine Freunde, nach unseren Städten! Und die Fahnen voran! Hoch Belgien!“

Hoch Belgien!  
Herr Emilie Vandervelde, Bürger und Staatsminister, hatte gesprochen . . .

# Die Kriegsdemonstration in Wilna

Wilna, 13. August.

Bei der Tagung der Legionäre in Wilna gingen die Bogen der Erregung hoch. Es wurden nationalistische Reden gehalten, und am Vormittag fanden militärische Paraden statt. Alle militärischen Organisationen waren vertreten. Sogar die Gegner Pilsudski, die Gallier-Berühmte, hatten eine Abordnung mit Fahnen entsandt. Unter den Zuhörern sah man die gesamte Generalsität und sämtliche polnischen Minister, soweit sie augenblicklich in Polen weilen. General Jeltowski, der Okkupator Wilnas, wurde stürmisch begrüßt. Um 6.30 Uhr trat unter stürmischem Beifall General Pilsudski die Rednertribüne, hinter der seine Hüfte aufgestellt war. Pilsudski machte nachdrücklich den Rechtsanspruch Polens auf Wilna geltend und ergab sich Anketen aus seiner militärischen Laufbahn. Er ergab sich in Lobreden über die Stadt Wilna, die die Legionäre auf sein Wort „Wilna muß mein sein!“ der polnischen Republik zum Geschenk dargebracht hätten.

Die Rede in der Kathedrale in Wilna, sowie die Ansprache des Bischofs auf dem Platz vor der Kathedrale, ferner der Beginn des Anzugs mit Gesang wurde auf Radio übertragen. Sichen litauische Pressevertreter waren mit einer besonderen Einreiseerlaubnis mit einem Auto von Kowno nach Wilna gefahren.

Fast die gesamte bürgerliche Presse berichtet über die Veranstaltung der polnischen Legionäre in Wilna in dem Sinne, daß die Rede Pilsudski eine große Enttäuschung gewesen sei, daß die Rede überraschend ruhig im Ton und Inhalt verlaufen und daß die befürchteten Ueberraschungen ausgeblieben seien. Unzweifelhaft steht fest, daß die dritte Massenmobilisierung der Werkstätten auf Anregung der kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen nicht ohne Wirkung geblieben ist. In diesem Augenblick, in dem die breitesten Massen, auf die öffentlichen Kriegsvorbereitungen aufmerklos gemacht, zum Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen mobilisiert worden waren, hielt Pilsudski es nicht für zweckmäßig, noch weiter die Fragen des polnisch-litauischen Konfliktes zu treiben. Aber ebenso fest steht auch, daß die Kriegsvorbereitungen des polnischen Imperialismus gegen Litauen ungehemmt fortgehen, nur daß die Vorbereitungen maskierter vor sich gehen.

Die Wachsamkeit der werktätigen Massen darf nicht geschwächt werden, die jetzt markierten Kriegsvorbereitungen Pilsudski müssen sofort zur Kenntnis der proletarischen Öffentlichkeit gebracht werden. Nur so wird es gelingen, den imperialistischen Kriegsbegern die Vorbereitungsarbeiten für die kriegerischen Auseinandersetzungen zu erschweren.

### Kleine politische Nachrichten

Wieder zwei Opfer des Abhängigkeitswahns. M. Kiel, den 13. August. In der Nacht zum Montag kenterte in der Schmentin-Mündung das mit zwanzig Matrosen besetzte Motorboot „Alice“, das die Matrosen an Bord ihrer Esstische bringen wollte. Obwohl das Schiff nur zwölf Personen fassen konnte, waren gegen den Willen des Besizers etwa zwanzig an Bord gekriegen. Einige hatten auf dem knienden Platz gesessen. Das Boot kam dadurch zum Kentern und die Insassen fielen ins Wasser. Während der Feuertreite Schiffs vom Ufer aus „Schlepp-Bojen“ in der Nähe des Kommandanten des Uferbootes „Pfeil“ ertranken, konnten sich alle übrigen durch Schwimmreifen retten.

Münchener in der Dose. M. W. Arnemann, 13. August. Wie das Solingenamt Wärrnsmünde mitteilt, hat ein Kopsatz Fischer

in der Gegend nördlich von Wärrnsmünde eine Mine in sein Schlepptuch bekommen. Beim Versuch des Abziehens an die Küste ist das Netz gerissen und die Mine mit einem Tauende abgeunken. Die neue Lage der Mine ist von dem Fischer ungefähr angegeben worden.

Schweres Unglück bei einer Flugveranstaltung. M. Amsterdam, 13. August. Bei einer Flugveranstaltung im Deelen hürzte ein Klemm-Daimler-Flugzeug bei Vorführung eines Schießfluges gegen die Zuschauertribüne, wobei drei Personen getötet und vier schwer verletzt wurden. Das Flugzeug wurde vollständig zerstört. Der Pilot Gessner aus Bonn, der unverletzt blieb, wurde verhaftet.

Schwerer Orkan an der Küste von Maryland. M. New York, 13. August. Der schwere Orkan, der an der Küste von Maryland tobte, hat über eine Million Dollar Schaden angerichtet. Fünf Personen würden getötet und 100 wurden von der Küstenwache vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Anderer schwingen sich zum Ausdruck des verlegenen Kommentars des offiziellen SPD-Pressedienstes auf. Endlich gibt es sozialdemokratische Zeitungen, in denen die Bestürzungen und die Angst vor den Folgen des Kabinettsbeschlusses offen zum Ausdruck kommt.

So schreibt das auf dem rechten Flügel der SPD. stehende Organ der rheinischen Sozialdemokratie, die „Rheinische Zeitung“: „Wir brauchen den sozialdemokratischen Reichsminister nicht erst zu sagen, daß sie sich und der Partei mit diesem Beschluß eine Verantwortung aufgebürdet haben, die nur schwer zu tragen ist, und von sehr vielen, sonst die Koalition bejahenden Parteifreunden nicht verstanden und verteidigt werden wird. . . . Dennoch glauben wir nicht, daß die Masse der Parteigenossen sich für den Kabinettsbeschlus einsetzen wird. Wir selbst wollen bei unserem großen politischen und persönlichen Vertrauen zu den Genossen in der Reichsregierung, denen wir ihre unabwendbare Arbeit nicht erschweren wollen, mit unserem Urteil zurückhalten, bis wir Näheres über die Gründe ihrer Zustimmung erfahren.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ stellt fest, daß die Zustimmung zum Panzerkreuzerbau am selben Tage erfolgt ist, wo die Delegation der deutschen Sozialdemokratie auf dem Brüsseler Kongress einer Abwehrungsresolution zustimmte. Sie erinnert an die Aussprüche von Groener, aus denen hervorgeht, daß der Bau des Panzerkreuzers A für die Verteidigung Deutschlands auf dem „Meeresschauplatz“ in der Ostsee, d. h. gegen die Sowjetunion, gerichtet ist. Die „Leipziger Volkszeitung“ gibt die Lösung an: „Daraus aus dieser Koalition! Nach der schamlosen Kapitulation der „Linken“ sozialdemokratischen Führer vor dem Koalitionsbeschlus, die auf ihr Geschrei gegen die Koalition erfolgte, kann die sozialdemokratische Arbeiterkraft die neueste Parole der „Leipziger Volkszeitung“ ebensowenig ernst nehmen wie die in der Wahlzeit herausgegebenen Scheinlösungen gegen die Koalition.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ und die übrigen „Linken“ sozialdemokratischen Zeitungen blafen in das selbe Horn, wobei die „Chemnitzer Volksstimme“ sich noch folgendes plumpe Ablenkungsmandver gefallt:

„Wir nehmen an, daß unsere Ministergenossen alles aufgeboten haben, um diesen Gang der Dinge zu verhindern und daß sie im Kabinett überstimmt worden sind.“

Zur Entlarvung dieses Mandvers genügt, darauf hinzuweisen, daß nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch die „Leipziger Volkszeitung“ festgesetzt hat:

„Was uns denn doch schier als unmöglich erscheinen mochte, ist jetzt Tatsache geworden: die Regierung hat dem Beschluß einstimmig, also auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Minister, zugestimmt.“

Das ist das Bild der SPD-Presse. Vergebliche Ablehnungs- und Vertuschungsmandver! Was die SPD-Presse, was die sozialdemokratischen Führer jetzt mit Recht befürchten, wird mit der eisernen Logik des Klassenkampfes eintreffen. Die Massen der sozialdemokratischen Wähler werden sich mit Empörung von den Panzerkreuzer-Sozialisten abwenden. Breite Lesermassen der sozialdemokratischen Presse werden ihre Zeitung mit dem zornigen Ruf: „Fort mit der Panzerkreuzer-Presse!“ abstellen, immer größer wird die Zahl der Arbeitermitglieder, die der SPD — der Panzerkreuzer-Partei — den Rücken kehrt.

Diese Situation muß aber auch zeigen, daß die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats sich ihrer Aufgaben bewußt ist. Die revolutionären Arbeiter, die den Betrug der SPD voraussehen, dürfen sich nicht damit begnügen, daß sie erklären, wir haben recht gehabt! Sie haben dafür zu sorgen, daß die empörten und erbitterten sozialdemokratischen Wähler nicht dem politischen Indifferentismus verfallen. Wie viele sozialdemokratische Wähler werden sich in diesen Tagen sagen: „Alle Parteien betrügen uns nur. Es hat alles seinen Sinn!“

Mitglieder der SPD, KPD-Kameraden, kommunistische Wähler! hier gilt es, mit revolutionärer Aufrichtigkeit einzusetzen. Duldet nicht, daß der Panzerkreuzer-Bericht der SPD, ebenso wie ihr Spaltungskurs in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse zur Stärkung der imperialistischen Kriegsfant der Arbeiterklasse führt. Es gilt, mit derselben Energie und Begeisterung, mit der ihr vor dem 20. Mai für den Sieg der roten Klassenfront agitiert habt, den Kampf um die Errichtung der roten Einheitsfront des Proletariats weiterzuführen und den Panzerkreuzerbau, diese Kriegsprovokation des neudeutschen Imperialismus und seiner reformistischen Kastraten, mit der Stärkung der kommunistischen Partei zu beantworten.

Geraus zum Protest! Betriebe, Gewerkschaften, Massenorganisationen, gebt den Kriegsbegern, den Sozialimperialisten, die Antwort: Fort mit der Panzerkreuzer-Regierung! Geraus aus der Partei der Panzerkreuzer-Sozialisten! Ginein in die rote Klassenfront, in die KPD!

### Ein Austritt aus der SPD.

Unter Münchener Bruderorgan, die „Neue Zeitung“, veröffentlicht folgenden Brief eines bisherigen Mitgliedes der SPD:

München, den 3. August 1928.

An den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins e. V.

Die Haltung Ihrer maßgebenden Parteiführer und Ihrer Presse in allen wesentlichen politischen Fragen ist von der Grundidee des Sozialismus jetzt fastlich so weit abgewichen, daß man sich als laienkundiger, proletarisch empfindender Mensch nachgerade schämen muß. Ihre Partei noch weiter anzugehören.

Ihre Führer haben mißbraucht, was ihnen die Wählerkraft gab! Die Regierung Wähler hat in ein paar Wochen verlor, was die Wähler dem Proletariat an Macht gegeben! Der Reichstagspräsident hat über eine in Vertrauensstellung eingetragene Masse geübt und die Not des Volkes an den Geldsak-Potenzialen der Koalition verkannt.

Das ist der größte Schandfleck in der Geschichte Ihrer Partei! Und damit richtet sie sich selber für alle Zeiten. Meinem Namen aber ist es als Ausdruck meiner Genugtuung im Register Ihrer Partei zu löschen.

Ein Genosse, dem Sozialismus mehr ist als ein formales Lippenbekenntnis hohler Parteidoctrin. gen. Heinrich S. u. d. r. a. n. d.

Der Berichterstatter ist inzwischen Mitglied der KPD geworden. Ein Brief erzählt die Gedanken zahlreicher sozialdemokratischer Arbeiter aus, die furchtlich in nicht langer Zeit seinem Beispiel folgen werden.

### Unterlegung des Kellogg-Battes in Washington

M. Berlin, 14. August. Die Berliner Blätter aus Washington berichten, daß Staatssekretär Kellogg am Montag bekanntgegeben, daß die Nationen, die an der Pariser Unterzeichnung des Kriegsverbotstraktetes teilgenommen haben, übereinstimmend sind, den Vertrag, alle Konfiszierungs- und Bruttivorkaufsbedingungen bei der Unterzeichnung zu hinterlegen. Der Vertrag tritt erst nach der Hinterlegung der Urkunden in Kraft. Nachdem der Vertrag in Kraft getreten ist, ist automatisch auch allen anderen Weltmächten der Beitritt zum Akt offen.

# Oberschlesien

## „Seit 9 Jahren kein Bericht vom Roten Direktor“

Die „Trib“, die russische Gewerkschaftszeitung, berichtet, erhielt vor kurzem die Direktion der Lederfabrik von Ostaschlono (Gouvernement Twer) einen erheiternden Brief vom ehemaligen Vorgesetzten Bostwon. Dieser Herr, ein einstündiger Gutbesitzer betrautet sich, daß er seit neun Jahren keinen Bericht und keine Proklamation von der Direktion „seiner“ Fabrik erhalten habe. Er verlangte „sofortige Erledigung“ der Angelegenheit.

Die Arbeiter der Lederfabrik nahmen in einer Versammlung Stellung zu diesem Brief und sandten dem alten „Derrn“ folgende Antwort:

„An der Stelle Ihrer Trümmer haben wir mit unseren russischen Händen große, helle Fabrikräume errichtet. Mittels Arbeitererlaubnis haben wir große Erfolge erzielen können. Die Gewinne, die uns unsere Fabrik einbringt, werden für den Bau von bequemen Arbeiterwohnungen verwandt. Neben der Fabrik steht ein großer Klub und dicht dabei ein großes Theater. Umweit von der Fabrik haben wir ein spezielles Erholungsheim aufgebaut, wo die Arbeiter mit den Familien ihren jährlichen Urlaub verleben. Demnächst gehen wir zum Siebenhunderttag über, anstatt den 18 Stunden, die wir unter Ihnen schufteten. Lassen Sie uns bitte, Herr Bostwon, in Ruhe, wir haben ernstere Dinge, womit wir uns beschäftigen müssen.“

Diese Antwort wird dem Herrn Bostwon wenig Hoffnung machen, seine frühere Proklamation wiederzuerlangen.

Soffentlich bringt auch die Gewerkschaftspressen, die sonst so aufmerksam den „Trib“ verfolgt, diesen Brief zur Kenntnis ihrer Leser. Sie wird es nicht tun, es könnte die Arbeiter zur Nachahmung „aufreizen“!

## Kritik ist nicht gestattet!

### Der Kontrollauschuh des B.W.V. bestätigt den Ausschluß des Genossen Rehbein

Wie hier berichtet, wurde vor einigen Wochen der Genosse Rehbein, Oberhausen, der nahezu 30 Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert ist, der Funktionen als Betriebsrat und Knappenschaftsleiter ausübt, aus dem Bergarbeiterverband ausgeschlossen. Nebenbei ist der Genosse Rehbein als einer der aktivsten Kämpfer bekannt. Ebenso natürlich hat er es stets als seine Pflicht erachtet, gegen den reformistischen Verrat an der Arbeiterklasse anzukämpfen.

In einer Konferenz des B.W.V., die in Oberhausen stattfand, erlaubte sich der Genosse K. einige Zwischenrufe, die, wie bekannt, in allen Parlamenten gestattet sind. Diese Zwischenrufe waren dem in Oberhausen herrschenden Angestellten Deller und dessen getreuem Lakai Tenberger der genügende Grund, gegen Rehbein das Ausschlußverfahren einzuleiten. Das eingesehene Ausnahmegericht des Bergarbeiterverbandes entschied im Sinne Deller und Genossen!

Genosse K. legte gemäß des Statuts beim Kontrollauschuh gegen seinen Ausschluß Beschwerde ein. Der Kontrollauschuh hat den Ausschluß nunmehr bestätigt! In der Begründung dafür, die in dem Schreiben enthalten ist, daß er dem Genossen K. übersandt hat, wird erklärt, daß in öffentlichen Versammlungen auch jede sachliche Kritik zu unterbleiben hat, für sachliche Kritik seien die inneren Verhältnisse des Verbandes, Mitgliederversammlungen usw. da. Die Entscheidung über die sachliche Kritik in den Mitgliederversammlungen macht sich aber der Hauptvorstand an, das beweist auch der Ausschluß dieses Genossen. Derselben Auffassung ist auch der Kontrollauschuh, denn er erklärt in seinem Schreiben einfach, daß die Ausführungen des Genossen K. in der Funktionerversammlung mit sachlicher Kritik nichts „zu tun haben“!

Wie ein Hohn klingt es, wenn am Schlusse des Schreibens gesagt wird, daß gegen diese Entscheidung die Beschwerde an die Generalversammlung zulässig ist. Die nächste findet in zwei Jahren statt. Die jetzt eingeleitete Ausschlußpraxis gegen alle oppositionellen Mitglieder, die getroffenen Maßnahmen zur Verankerung der Diktatur des Hauptvorstandes, geben ein Bild davon, wie die Zusammensetzung der nächsten Generalversammlung dieses Bergarbeiterverbandes aussehen wird.

Mag auch, wie es in dem Schreiben des Kontrollauschusses heißt, die Mehrheit der Mitgliedschaft der Zahlstelle den Ausschlußantrag

zugelassen haben! Auch diejenigen, die für den Antrag eingetreten sind, werden sehr bald zu der Ueberzeugung gelangen müssen, daß so nicht weiter gearbeitet werden darf, wenn der Bergarbeiterverband nicht vollends zerfallen werden soll. Auch diesen Kameraden wird der immer schärfer einsetzende Vorstoß der Rubenkapitalisten, die immer weiteren Entlassungen von Bergarbeitern einschümmern, wie notwendig eine einheitliche und geschlossene Kampforganisation aller Bergarbeiter ist. Die Bürokratie der Organisation des Wirtschaftsfriedens an der Beschlagung der Organisationsarbeiten, die kommunistischen Mitglieder des Verbandes werden nicht aufhören, darum zu kämpfen, aus dem Bergarbeiterverband eine wirkliche Kampforganisation zu gestalten!

## Gleiwitz

### Grubenkontrollreue?

WEL. meldet: Um den Wünschen der oberstehtischen Bergarbeiterschaft entgegenzukommen, werden in Ausführung eines Beschlusses des Preussischen Landtages für Oberschlesien staatliche Grubenkontrollstellen geschaffen, wie sie in den anderen Bergbaugebieten schon seit einiger Zeit bestehen. Es ist vorgesehen, daß ein Grubenkontrollreue im Bergrevieramt Deutjen, ein zweiter im Revieramt Gleiwitz seinen Sitz erhält. Das Tätigkeitsgebiet dieser Grubenkontrollreue erstreckt sich insbesondere auf das Grubensicherheitswesen. Die persönliche Frage ist noch nicht entschieden, jedoch steht fest, daß die beiden Kontrollreue von den Bergarbeiterverbänden und den freien gewerkschaftlichen Bergarbeiterverbänden in Vorschlag gebracht werden.

Anmerkung der Redaktion: Die Meldung ist mit aller Vorsicht aufzunehmen. Sobald Berichte unserer Arbeiterkorrespondenten aus dem Bergbau vorliegen, werden wir zu der Angelegenheit nochmals Stellung nehmen.

**Soziale Fürsorge.** Der städtische Pressedienst Gleiwitz teilt uns mit: Die Zahlung der Zulagen für Kriegsdoppler sowie Sozialrentner für den Monat August 1928 für die Stadt Gleiwitz sowie die Stadteile Gguth-Jaberge, Richtersdorf und Zernitz findet wie folgt statt: Montag, den 18. August, von 8 bis 12 Uhr für die Kriegswitwen, Halb- und Vollwaisen sowie Kinder wiederbeschäftigter Kriegserwitwen (grüne, rote und blaue Karten). - Mittwoch, den 15. August, von 8 bis 10 Uhr für Kriegserwitwen, von 10 bis 12 Uhr für Kriegsbeschädigte (gelbe und weiße Karten). Donnerstag, den 16. August, von 8 bis 12 Uhr Sozialrentner (Invaliden) gelbe Karten. Freitag, den 17. August, von 8 bis 11 Uhr Sozialrentner (Witwen und Waisen) grüne und graue Karten. Die Zahlungen finden im hiesigen Stadttheater, Wilhelmstraße 28, statt. Für Kriegsoffer, Klein- und Sozialrentner des Stadtleis Sosnka im dortigen Amtsgebäude Dienstag, den 14. August, von 9 bis 11 Uhr. Pünktliche Abholung zu den auf den Karten angegebenen Zeiten ist unbedingt erforderlich. Zahlungen erfolgen nur bei Vorlage der Ausweise.

**2420 Erwerbslose.** Einem Bericht des städtischen Pressedienstes entnehmen wir: Die Zahl der Arbeitsuchenden, die bereits auf 7000 angewachsen war, ist auf 2420 zurückgegangen. In der Vorwoche lagen 2650 Arbeitsgesuche beim Gleiwitzer Arbeitsamt vor. Die Zahl der Hauptunterstützten der Arbeitslosenfürsorge hat eine wesentliche Verringerung nicht erfahren, dagegen ist die Zahl der Seitenunterstützten von 124 auf 136 gestiegen. Der Stamm der produktiven Arbeitslosenfürsorge ist von 1327 auf 1282 gefallen. Vermittlungen waren 324 gegenüber 387 der Arbeitswoche zu melden. Der größte Bedarf bestand aus ungelerten Arbeitskräften und ein kleiner Teil aus Spezialkräften. Der amtliche Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises für Stadt und Landkreis Gleiwitz besagt, daß in der abgelaufenen Berichtswoche die Arbeitslosigkeit weiter mäßig nachgelassen hat. Die Anforderungen an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, besonders für die Ernte, halten weiter an. Vermittelt wurden 18 männliche und 7 weibliche Personen. Durch den zwischenbezirklichen Ausgleich sind 1 Ackerntischer und 2 landwirtschaftliche Dienstmädchen vermittelt worden. Der Bedarf an Waldarbeitern bestand fort, welcher zum Teil durch den zwischenbezirklichen Ausgleich gedeckt wurde. Im Bergbau und in der Metallindustrie fanden einige Vermittlungen von Spezialkräften und Entlassungen statt, so daß die Arbeitsmarktlage als uneinheitlich zu bezeichnen ist. Infolge Beendigung der Saison hat sich die Lage der Schneider verschlechtert. Die Ziegeleien, Sägewerke, Bau- und Möbeltischlereien sowie die Brauereibetriebe sind weiter voll

beschäftigt. Für Bäder und Fleischer ist die Arbeitsmarktlage unvorteilhaft. Die Beschäftigung im Baugewerbe ist reger. Im Gastwirtsgerwerb herrscht Mangel an perfektem Küchenpersonal. Für ungelerte Arbeiter bieten sich Unterbringungsbedingungen bei Bau-, Holz-, Schacht- und Gelegenheitsarbeiten. Für jugendliche Arbeitsuchenden und Arbeitsmädchen sind die Anforderungen besonders groß.

## Oppeln

### Verfassungsfest

Kurz vor 12 Uhr versammelten sich etwa 80 Männer im Zylinde und schwarzen Anzug sowie einige Neugierige zur Verfassungsfest vor dem Rathaus. Gleichgültigkeit, wenn nicht Antipathie lag auf den Gesichtern der Beamten. 90 Prozent von ihnen wären lieber dem Kronprinzen jubeln gegangen als die Republik feiern. Ist das nicht grotesk? Von republikanischer Gesinnung ist da keine Spur oder besteht gerade darin die Stärke dieser Republik? Wer soll sich da zurechtfinden? - Der Gesangverein eröffnete die Fete. Oberbürgermeister Dr. Berger las die Rede ab. Langer Rede kurzer Sinn war: Auch er stehe auf dem Standpunkt, daß die Verfassung noch reformbedürftig ist und geändert werden kann. Mehr sagen ja die Monarchisten auch nicht, also weshalb dann nicht mit diesen Leuten zusammengehen. Die SPD-Leute Glinka, Sombka und Richter waren auch dabei. Besterer der Bedeutung des Tages entsprechend mit schwarzem Binder und geistreichem Gesichtsausdruck versehen, war so erschüttert, daß er nicht einmal in das „Deutschland, Deutschland über alles“ einstimmen konnte, das die anderen zwei befrachten Genossen Schulter an Schulter mit den Zentrumsleuten begeistert mitsangen.

Als der Oberbürgermeister in seiner Rede auf den Eid der Verfassung zu sprechen kam, da wurde dem einen spalterbildenden Schubs schwach vor den Augen und ein Sanitäter mußte ihn wegführen. Die Republik hält wohl viel auf schöne Uniformen, aber wie es im Magen der unteren Beamten aussieht, darum kümmert sie sich sehr wenig. Der Oberstadtssekretär Tischmeyer, der dreimal in der Woche bei jedem patriotischen Anlaß im schwarzen Schwenter zu sehen ist, trug demonstrativ einen hellen Anzug und bettelte sich nur als Beobachter. Dafür ist er Verwalter der städtischen Grundstücke. In bessere Hände kann man sie wohl kaum geben.

Da hat der Sowjetstaat in den wenigen Jahren seines Bestehens doch bessere Verhältnisse geschaffen.

### Wohnungsjaher am Wert

Unter obiger Bezeichnung brachten wir vorige Woche einen Artikel, in dem wir darauf hinwiesen, daß der Hausbesitzer Paul und die Mieterin Adamiey bzw. Tirkott zu je einer Wohnung gekommen sind, ohne als Wohnungsuchende eingetragen zu sein. Beide gingen zum Wohnungsamt sich eintragen lassen und erhielten sofort die Wohnungen von vier Zimmern bzw. zwei Zimmern und Küche zugewiesen. Andere Mieter dagegen warten seit Jahren auf Zuweisung. Soweit uns nun zur Kenntnis gelangt ist, wurde einem langjährigen Wohnungsuchenden, der sich um die Wohnung im Hause des Paul bewacht, mit eiserner Stirn geantwortet, daß dem Wohnungsamt nicht bekannt ist, daß im Hause des Paul eine Wohnung freigegeben wäre. Dieser geht die Unverschämtheit nicht mehr. Wir fragen daher nochmals: Ist dem Wohnungsamt nichts bekannt? Herr Paul ist ein Verwandter des Oberinspektors Kwoffel, der die Leitung des Mieteinigungsamtes hat. Sollte etwa diese Verwandtschaft zur so schnellen Befriedigung des Herrn Paul verholfen haben? Wir erwarten Antwort!

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Gewerkschaften“ und „Betriebe im Kampf“ und „Baldenburg“ Wilhelm Bismarck, für „Breslau“, „Schlesien“ und die übrigen Beilagen Friedrich Julla, sämtlich in Breslau. Für den oberstehtischen Teil Theodor Kellert, Gleiwitz. - Für Inserate Dr. Gerber-Breslau

**Arbeiter-Sportvereine**

bestellen alle Drucksachen,  
wie Programme, Plakate,  
Festschriften usw. bei der

**PEUVAG-DRUCKEREI**  
Breslau 10 Trebnitzer Straße 30



# SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER

erzählt weiter:

Damals erlebte ich meine glücklichste Zeit. Ich war jung, reich und von allen Menschen um der Genüsse willen beneidet, die ich mir durch meine Erfahrungen auf den 3 großen Reisen verschafft hatte. Ich dankte mich, der Glückliche der Sterblichen zu sein, aber Allahs Wege sind unerforschlich, er bewegt das menschliche Herz und läßt ihn die Größe seines Glückes nicht ahnen. Im trauten Kreise erzählte ich von meinen Abenteuern, und die Erinnerung wurde das Gift, das mich bald zu neuen Reisen trieb, die unendlich viel Mühseligkeiten, Qualen und Verzweiflung brachten, bis ich alt wurde und die ersahnte Cigarettenmischung vervollständigte.

Aber laßt uns die Sorgen vertreiben und als Philosophen das Schöne genießen, das nach Allahs unerforschlichem Ratschluß die Weisheit des Alters erfreut. Laßt uns die Cigarette genießen, die das Ergebnis eines langen Lebens bedeutet, die treueste aller Freundinnen, die

(Fortsetzung folgt)

GIGARETTE

# SALEM

AUSLESE

Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften erhältlich



Sagan

Ernst Ramke Schuhwaren Replerstr. 55
Artur Bürger Gemüse, Kolonial- und Tabakwaren
Sokoladenhaus Fr. Seifner, Replerstraße 60
Wäsche - Bettfedern Carl Unger, Replerstraße 20
Gustav Lehmann, Sorauer Straße 15
Em. Meinusch, Sorauer Straße 24
Ferm. Bentert, Ludwigplatz Nr. 21
Otto Schulz Sorauer Straße 29
THIELE & KALBITZ Sorauer Straße 19
Zur goldenen 34 A. GANTZ
Damenpuß Maria Gurad

Paul Bürger, Dorotheenstraße 6
Adolf Sello :: Goldschmied
MAX APELT / Zigarrenhaus
S. & J. Crohn Damenkonfektion
Alfred Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz 1
E.LSE HOFFMANN
Die Saganer Central-Molkerei
Geht alle ins Sankt-Isidor-Film
Fahrräder Nähmaschinen ROBERT RICHTER
Brand & Klaus
A. Michaels, Ring 33 Wäschehaus

Grünberg

P. Franke
Gegenwartskäufe in neuen u. gebr. Möbeln und Polsterwaren
Naturreine Lebensmittel
Richard Mattern
V. Bothe - Brotmarkt 6
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Fritz Gutsche / Breite Straße 73
Brot- und Feinbäckerei
Kornmehl - Kornwaren
Uhren und Goldwaren
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Spirituosen
Brot- und Feinbäckerei
Otto Ringel, Niederstraße 54
Milch- Butter- u. Käsegeschäft
Jungbier zum Selbstfüllen
Brauererei Gebauer

J. Gebhardt, Ring 9
Automobil - Fahrschule
Köstritzer Schwarzbier
Paul Mohr, Nebertorstraße 10
Garbinenhaus P. Sander
Kaufhaus Bornstein
Rittelmann & Nebel
Eislabitorei B. Glöner
Kunella Gold
Biergroßhandlung Vinzenz Jänsch

Gotthold Gabler, Glaserstr. 5
Billigste Bezugsquelle von Lebensmitteln
Fleisch- und Wurstwaren
Grünberger Bergschloß-Biere
Manufaktur, Weiß- und Wollwaren
August Gürnth
Karl Völkers
Möbel
Joseph Franz jr., Laubengang

Trinkt einheimisches Bier der Brauerei Bergschloßchen A.-G.

Haynau
Marie Winter, Friedrichstraße 12
Theodor Prinz :: Ring 30
Max Grünbel, Stokstraße 8
Otto Diegorel
Gehr. Jammer, Ringstraße 31
MAX SCHREIBER
Hermann Stiller

Hirschberg
Fahrräder - Motorräder
Otto Scholz, Fleisch- u. Wurstwaren
G. Bruchmann, Greiffenberg Str. 11
Fleischerei und Wurstfabrik
Rauhaus
OTTO SPÜTH & SOHN
Herrmann Hirschfeld

Goldberg
Herren- und Knabenbekleidung
Paul Förster
Alfred Richter, Feineregeschäft
Referiert 100
ZIGARENHAUS
August Kubas :: Nebertor 5
Spezial - Hut - Haus
Bunzlau

B. L. Pariser's Wwe.
Bekleidungshaus
Herren- und Jünglings-Konfektion
A. Strokosch / Markt
Ernst Wolf :: Mühlgrabenstraße 23
Rag Behreht // Spezialhaus für Herren-, Jünglings- u. Knabenbekleidg.
Hirschberg-Cunnersdorf
Erich Schröter
Neusalz
M. Zuckermann, Markt 2

Neusalz
Paul Walter, Berliner Straße 35
A. Stephan :: Freystädter Straße 15
Arbeiterbekleidung
Friebel & Grote
Lebrecht Hilgner
Möbelschneiderei - Sargmagazin
EMIL WIESNER
ALBERT KUNKE

Max Jordan
Friedrichstraße 30
HEINRICH HEIZNEL
Adolf Lehmann
Paul Wille, Berliner Straße 37
A. Hentschel :: Markt

Sprotau
Verteilslokal „Zur Mitternachten“
Breslauer Konfektionshaus
FAHRRADHAUS
Kolonialwaren :: Lebensmittel
Billig und gut
Adolf Schindler, Markt 36
Glogau

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Straße 14
Liegnitz
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Eugen Auer, Mittelstraße 36
Berliner Fahrradhaus
Fahrräder, Ersatzteile, Schwalbenplatten
Mag Kühn :: Schloßstraße 20
G. Hansen Nachfolger
Emma Nägele :: Wilhelmstraße 13
Paul Groß :: Breslauer Str. 1

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung
Konfektionshaus Rogorski
Gustav Almel, Breslauer Straße 88
Uhren und Goldwaren
Willy Rother, Breslauer Straße 33
CARL KRÜGER
Max Süßmann
Fahrräder / Nähmaschinen

Friseur W. Welzel
Motor- und Fahrräder :: Nähmaschinen
Brot- und Feinbäckerei
Mifa-Fahrräder - Nähmaschinen
Preiswerte Tabakwaren
Liegnitz
Max Futter, Ring 9/10

# Der Panzerkreuzerstandal stinkt zum Himmel

## Sozialdemokratische Wähler, so hat man Euch betrogen!

Was wurde vor den Wahlen in der sozialdemokratischen Wahlleitung geschrieben? Wörtlich hieß es in der SPD-Wahlzeitung:

„Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung beim letzten Etat stand die Anforderung auf Bewilligung eines Panzerschiffes A (erste Rate 9,3 Millionen). Das ganze Kriegsschiff soll 80 Millionen Reichsmark kosten. Es leitet den Neubau einer ganzen Serie von Panzerschiffen ein, so daß dadurch im Laufe der nächsten Jahre eine zwangsläufige Mehrausgabe von fünf- bis hundert Millionen für die Seerüstung notwendig wird...“

Mit Hilfe des sozialdemokratischen Einflusses in Preußen ist es gelungen, in letzter Stunde einen Beschluß herbeizuführen, durch den der Baubeginn des Panzerschiffes bis zum Herbst hinausgeschoben wird.

Erst der kommende Reichstag wird also endgültig zu entscheiden haben, ob der Panzerkreuzer wirklich gebaut wird. Noch ist es also Zeit, zu verhindern, daß solche Riesensummen für militärische Zwecke verausgabt werden, während für soziale Zwecke kein Geld vorhanden ist. Die Sozialdemokratie fordert, daß auch bei den Seeresausgaben Rücksicht auf die Not der breiten Massen genommen wird. Erst Brot, dann Kriegsschiffe.“

Und was schrieb die SPD-Presse am 11. August?

„Der Panzerkreuzer A wird gebaut werden, trotz der Veränderung in der Zusammensetzung des Reichstags und trotz des Regierungswechsels. Das Reichskabinett hat entschieden, daß nimmere auch die Vergabung der Lieferungen erfolgen soll...“

In der grundsätzlichen Einstellung der sozialdemokratischen Minister zu diesem Kriegsschiffbau hat sich nichts geändert, — aber über die Tatsache, daß das Staatsgesetz für 1928 in Kraft ist und den Bau vorsieht, konnten sie sich nicht hinwegsetzen, wenn sie nicht das Staatsgesetz verletzen wollten. Der vorige Reichstag hat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten den Bau des Panzerkreuzers beschlossen.

Unter diesen Umständen mußte das Reichskabinett die Erbschaft des vorigen Reichstags und des Bürgerblockkabinetts annehmen und die Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften vollziehen.“

\*

Wußten die sozialdemokratischen Führer, als sie ihre Wahlzeitung herausgaben und behaupteten, daß erst der kommende Reichstag über den Bau des Panzerkreuzers zu entscheiden habe, nicht, was sie im Reichskabinett am 10. August entdeckt haben? Sie wußten es sehr gut. Es war der größte Schwindel inmitten ihrer gesamten schwindelhaften Wahlagitiation, wenn sie zum Zwecke des Stimmenfangs den Wählern die Möglichkeit vorkauften, im kommenden Reichstag die Millionenausgaben für den Panzerkreuzerbau zu verhindern. Die Panzerkreuzer-Sozialisten haben ihren Unfall natürlich schon vor längerer Zeit vorbereitet. Hermann Müller, der in seiner Regierungserklärung über den Panzerkreuzerbau kein Wort verlor, mußte auf die Angriffe des kommunistischen Redners am dritten Tage der Regierungsdebatte im Reichstag mit einer offiziellen Ausrufung antworten, die schon Klipp und Marx zum Ausdruck brachte, daß der Reichstag gar nichts mehr über den Panzerkreuzerbau zu beschließen habe!

Die sozialdemokratischen Führer und die SPD-Presse in Schlesien und Oberschlesien haben aber die Wählermassen nicht nur durch ihre schwindelhafte Darstellung der parlamentarischen Sachlage betrogen. Sie haben auch die einzige Möglichkeit, die noch vorhanden war, den Bau des Panzerkreuzers zu verhindern, die Einbringung eines Gesetzentwurfs auf Abänderung des Haushaltsplanes durch Streichung der ersten Panzerkreuzerrate von 9,3 Millionen Mark, fallen gelassen und die Erhebung des kommunistischen Gesetzentwurfs auf Streichung der Panzerkreuzerrationen im Etat

sabotiert. In treuer Gemeinschaft mit den bürgerlichen Koalitionsparteien hat die SPD den Antrag auf die sofortige Erledigung dieses Gesetzentwurfs abgelehnt und ließ den kommunistischen Antrag einem Ausschuß überweisen. Als die kommunistische Fraktion hierauf beantragte, den Ausschuß doch sofort zusammenzutreten zu lassen, damit noch vor den Ferien eine Reichstagsentscheidung über den Panzerkreuzerbau herbeigeführt werden könnte, lehnte die SPD-Fraktion auf Kommando der Trupparteiensogar diese Ausschuhführung ab.

So wurde erst die Zustimmung zum Panzerkreuzerbau im Reichskabinett, die jetzt die SPD als eine zwangsläufige Folge älterer Beschlüsse darstellt, vor und nach den Wahlen durch Wahl-

betrug und Sabotage der kommunistischen Anträge systematisch vorbereitet.

Sozialdemokratische Arbeiter in Schlesien und Oberschlesien, wagt Ihr Euch noch länger betrügen und beschwindeln lassen? Wagt Ihr warten, bis Eure Führer im Reichskabinett weiteren Beschlüssen zustimmen werden, die die Arbeiter an Händen und Füßen kneten und für weitere Rüstungen des neubestimmten Imperialismus neue hundert Millionen bestimmen? Der Panzerkreuzerbau der Wirtschaftsozialisten muß allen ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern die Augen öffnen. Heraus aus der Partei der Sozialverräter, heraus aus der Partei der Panzerkreuzerjunker! Hinein in die rote Front, hinein in die Partei des Proletariats, in die SPD!

# Lebenslauf russischer Kämpferinnen

### Worobjewa, die rote Instrukteurin

Bereits in meiner Kindheit habe ich erfahren, was eine Gutsherrspolizei ist. Meine Eltern waren Landarbeiter und ich half schon mit neun Jahren auf einem Gut auf Arbeit, wo ich vier Jahre lang beschäftigt war. Als Mädchen von 14 Jahren fuhr ich nach Petersburg, wo ich bei der Baumwollspinnerei „Torton“ sechs Jahre lang gearbeitet habe.

Im Jahre 1912, zur Zeit der Erschießungen an der Lena, flog ich mit mehreren anderen Arbeitern auf die Straße; daraufhin ging ich in einen anderen Textilbetrieb. Von 1914 bis 1917 war ich in einer Munitionsfabrik, wo ich als Dreherin gearbeitet habe. 1917 lehrte ich in die Spinnerei „Torton“ zurück.

1914 begann ich aktiv an der gesellschaftlichen Arbeit teilzunehmen. Zur selben Zeit trat ich auch in die RPSD ein. Im Betrieb „Torton“ war ich Mitglied des Exekutivkomitees und des Schlichtungsgerichts. Ich war Bevollmächtigte der Bezirksorganisation, Mitglied der Gewerkschaftsleitung und Org-Instrukteurin. Ich inspezierte ungefähr 50 Betriebe, in denen insgesamt 50 000 Arbeiter beschäftigt sind.

Bei jeder passenden Gelegenheit versuche ich, die Arbeiterinnen dahin zu beeinflussen, mehr zu lernen, sich besser zu organisieren, und intensiver gesellschaftliche Arbeit zu leisten; darin liegt die Gewähr des Sieges.

### Swerewa, die rote Fürsorgerin

Ich bin bereits eine alte Revolutionärin. Schon im Jahre 1905 war ich in einer militärischen Abteilung und kämpfte auf den Barricaden. Aber infolge meiner Unwissenheit fand ich mich nicht gut zurecht und so tat ich nur das, was mir meine älteren Arbeitergenossen befohlen. Abgesehen von ich schon seit meinem ersten Lebensjahre im Betrieb. Bis 1920 war ich parteilos, dann trat ich in die RPSD ein und arbeitete aktiv an der Front, wo mich die Partei hingezogen hatte. 1921 wurde ich von einem Textilbetrieb, wo ich als Frauenorganisatorin tätig war, in den Moskauer Sowjet gewählt. Bis 1926 war ich in der Moskauer Abteilung der sozialen Fürsorge tätig, außerdem auch in der Sektion „Schutz für Mutter und Kind“. 1926 wurde ich zur Leiterin des Invalidenheimes ernannt, in welchem ich bis zum heutigen Tage tätig bin.

### Rudrianzowa, die rote Direktorin

Bis zu meinem 16. Lebensjahr habe ich gemeinsam mit meinen Eltern und Geschwistern das Feld bestellt, die Röhre gemolken und Heu gemacht. Dann siedelte ich nach Moskau über, wo ich vier Jahre als Dienstmädchen tätig war.

Ich hielt es nicht mehr länger aus als Dienstmädchen: die Herrschaften ließen mich ihre Verachtung zu deutlich spüren. Deshalb verließ ich mich Arbeit in einer Zuderwarenfabrik, wo ich mit der

Reinigung und Sortierung von Beeren beschäftigt wurde, wofür ich 70 Pfg. pro Tag bekam. Damit wurde ich fünf Jahre beschäftigt, bis ich dann als qualifizierte Bisquitverpaderin ca. eine Mark am Tage verdiente. 1916 kam ich dann zum Zentro-Sojus (Zentrale Genossenschaft) als Markthelferin. Am 16. Januar 1917 wurde ich wegen Mitunterzeichnen des Ultimatums der Moskauer Arbeiter vom 9. Januar mit mehreren anderen nach Astrachan verbannt. Im März 1917 lehrte ich nach Moskau zurück und trat dort in die Partei der Bolschewiki ein. 1918 wurde ich zum Instrukteur des Verbandes der Lebensmittelarbeiter, 1919 zum verantwortlichen Sekretär des Verbandes gewählt. 1921 wurde ich nach Astrachan beordert, um dort die Lebensmittelindustrie zu organisieren. 1924 ging ich als einfache Arbeiterin in den Betrieb „Kater Oktober“. Dann wurde ich von der Bezirksleitung der Partei in den Betrieb „Zentro-Sojus“ geschickt, wo ich als Leiterin der Kantinenabteilung tätig war. Dann wurde ich zum Direktor dieses Betriebes ernannt, in welcher Eigenschaft ich bis heute tätig bin.

### Mirajewa, noch eine Instrukteurin

Bis zum 16. Lebensjahre arbeitete ich auf dem Dorfe, dann ging ich in eine Flachspinnerei. Dort wußte ich täglich 11—12 Stunden arbeiten, wofür ich 70 Pfg. bekam. 18 Jahre alt, heiratete ich einen Drechler. Von 1910—1920 war ich nicht im Betrieb tätig, sondern verrichtete Hausarbeit. 1920 starb mein Mann und ich ging als Keimmachefrau auf den baltischen Bahnhof. Bis 1920 betrachtete ich alles sehr pessimistisch, glaubte niemandem und an nichts. Dann aber schenkte ich der gesellschaftlichen Arbeit mehr Aufmerksamkeit und begriff, daß man nicht passiv bleiben darf, sondern daß vielmehr jede Frau dem Gebote Lenins folgen muß, der gesagt hat, daß jede Köchin den Staat zu leiten imstande sein müsse. Ich fing an, an der Arbeit verschiedener Organisationen teilzunehmen.

1921 wurde ich in den Betriebsrat gewählt. 1924 arbeitete ich an der Drehbank und bekam 216 Mark im Monat, später wurde ich zum Vorsitzenden des Betriebsrates gewählt.

1926 wurde ich zum Vorsitzenden der medizinischen Kontrollkommission des Zentralkomitees des Verbandes der Eisenbahnarbeiter gewählt; 1927 wurde ich Instrukteur der Org-Abteilung dieses Verbandes, welche Funktion ich bis heute ausübe.

Ich bin glücklich, daß ich diese Zeiten erlebt habe.

## Frauen heraus!

zum 1. roten schlesischen Frauengautreffen am 25. und 26. August in Breslau

## „Der gelbe Paß“

Den „gelben Paß“ erhielten im zaristischen Rußland arme Mädchen und Frauen, die sich der Prostitution hingaben oder auch nur im Verdacht standen, „gewerbsmäßige Unzucht“ zu treiben. Eine Demütigung — die Festnahme bei einer Razzia genügte, um registriert und durch Ausstellung des gelben Passes verurteilt zu werden. Nicht die Mätressen, die Huren der Offiziere, die eleganten Kolonnen, sondern die geschundenen und getretenen Proletarierinnen wurden durch den gelben Paß zu Ausgestoßenem gestempelt.

„Der gelbe Paß“, der neue Film des Sowlinoz, stellt in den Mittelpunkt der Handlung eine Landarbeiterin.

Die ersten Bilder — prächtige Naturaufnahmen — zeigen das junge blühende Weib bei der Feldarbeit. „Marie, Jakob ist zurück“ ruft die Kolleginnen. Der nach langen Dienstjahren vom Militär Entlassene umarmt sein Weib, hebt jubelnd den Knaben in die Höhe. Jung und stark wie er ist, will er auf eigener Scholle seiner Arbeit und seinem Glück leben. Der Gutsherrschaf hat Hochzeit, also wird die „Herrschaft“, so hofft er, ihm an diesem Tage seine Bitte nach ein paar Morgen Land nicht abschlagen. An der Tür des Salons stehend, die Mühe verlegen drehend, die zögernde Frau an der Hand, trägt er schüchtern sein Verlangen vor. Einige Sekunden überlegt der „väterliche Brotgeber“ und sagt ihm dann das Land hinter dem Graben zu. Das Gesicht der Frau verfärbt sich. „Aber Jakob, dort sind doch nur Steine“, flüstert sie. Doch Jakob, in Demut vor der Macht der Reichen aufgewachsen, packt dieses Land. Steine geben kein Brot. Jakob rodet und todet, sein Arbeitsertrag sind Steine. Er kann kaum den Hunger der Seinen stillen, geschweige denn die Zuckerpacht zahlen. Not zieht in die Hütte ein, trotz Arbeit von früh bis in die Nacht. Bei einem Kerzenlicht schneidet der Mann, näht die Frau, bis die Augen schmerzen. Fast abgebrannt ist das tropfende Kerzenlicht, das die Arbeit dieser Mühseligen notdürftig beleuchtet, als der vollgefressene bärtige Gutsherr in die Hütte

tritt. „Jakob“, sagte er, „du kannst die Pacht nicht zahlen. Schick deine Frau als Amme zu der jungen Herrschaft in die Stadt, damit sie etwas verdient. Laß dir die Gelegenheit nicht entgehen. Sonst kommst du von Haus und Hof.“ Das trifft wie ein Keulenschlag. Nach kurzem Kampf schürt Marie das schmale Bündel und wandert in die Stadt. Es muß sein. Als Amme wird sie von der Herrschaft gemästet, denn — gutes Futter — gibt gute Milch. Wochen vergehen. Doch Sehnsucht zehrt an ihr. Endlich bringt ihr der „Herr“ einen Brief. Von Jakob! „Du hast doch der Amme nicht den Brief gegeben? Bauern schreiben oft in ihrer Dummheit Aufregendes, und wenn die Amme sich aufregt, schadet es dem Kind“, schilt die edle Gattin. Da kommt auch schon Marie und bittet, da sie nicht lesen kann, die „gnädige“ Frau, ihr den Brief vorzulesen. Jakob schreibt, daß die Wirtschaft zurückgeht, die Herrschaft für die Ammendienste keinen Lohn schickt, und Marie schreiben soll, wann sie nach Hause kommt. Doch mit lächelndem Mund belügt die Gutsherrin die vertrauensvolle Amme. „Dein Mann schreibt dir, daß es ihm gut geht, die Kinder gesund sind, und du dich nicht aufregen sollst.“ Jakob erhält keine Antwort. Ein Kind stirbt, sein Haus wird ihm genommen. Mit einem Bäckchen verläßt der Obdachlose das Dorf. Vor dem Schloß begegnet er dem Portier, der vergeblich Marie nachstellt und sie als Dirne verleumdet. Ein kurzes Wiedersehen im Schloß. Jakob geht im Jörn. Marie will ihn zurückhalten, er stößt sie von sich. Durch die große seelische Erregung verliert die Amme die Nahrung. Eine Kuh, zeigt der Film, wird, wenn sie keine Milch mehr gibt, geschlachtet. Marie, die dem „gnädigen Herrn“, der sie zu vergewaltigen sucht, wehrt, wird auf die Straße gestoßen. Durch Zufall gerät sie in einen Auflauf. Plötzlich ertönt ein Ruf: „Zieh, die Polizei kommt.“ Marie rennt mit, schon packen sie berbe Polizeifänge und wollen sie als Dirne ins Gefängnis schleppen. In ihrer Angst beruft sie sich auf den Portier. Der Abgewiesene nimmt Rache. Seine Auskunft ist ein vernichtendes Wort: Dirne! Das entschleibt Marie wird auf das Polizeibüro geschleppt und nimmt nichtsahnend mit Dank und kinstlicher Verbeugung unter schrillen Pöhn der Dirnen und Geinjen der Beamten den gelben Paß entgegen. Erst bei der Suche auf Arbeit erfährt sie, was der gelbe Paß bedeutet.

Ohne Arbeit, ohne Obdach, wird das Vordell ihre Zuflucht. Sie verkommt nicht im Sumpf. Stärker wird die Sehnsucht nach Heimat, Mann und Kind. Ein Landmann bringt ihr die Kunde, daß Jakob im Steinbruch verunglückt. Da hält es sie nicht länger, wieder packt sie ihr Bündel und wandert über die unendlich weiten russischen Felder nach Hause in die Arme ihres Mannes, der zum Krüppel geworden. —

„Der gelbe Paß“ ist kein politischer Film. Doch löst er wie jedes große Kunstwerk politische und soziale Tendenz aus. Er zeigt das zaristische Rußland mit seinen unendlich weiten Feldern, mit jenen schwermütigen Schönheiten und dem Fluch, der auf den Millionen der Werktätigen gelastet hat. Jenes Rußland, indem die Gutsherrn ihren Reichtum — den sie in Paris verpraßten — nach den Seelen ihres Dorfes berechneten. Das Rußland der Ausbeutung und des Sklavereis, von dem es hieß:

Rußland, das Wort ist schon ein Fluch,  
ein Fluch für die Millionen,  
die ohne Recht und ohne Glück  
in seinen weiten Grenzen wohnen.

Während die internationale kapitalistische Filmproduktion — von wenigen Ausnahmen abgesehen — sich erschöpft in rührseliger, kitschiger, verlogener Romanistik, frampfhafter Dramatik und an Blödsinn nicht zu überbietenden Grotesken, schenkt die junge Filmproduktion des Arbeiter- und Bauernstaates der Welt ein Kunstwerk nach dem andern. „Der gelbe Paß“ ist von erschütternder Tragik und doch un sentimental. Ein Kunstwerk, schön, schlicht, lebenswahr. Und welche meisterhafte Detailschärfung! Wie Jakob das tropfende Licht in der ärmlichen Hand hält, um den vollgefressenen Vergewaltiger zur Tür zu geleiten, wie er stumm ergriffen von Schmerz auf Frau und Kind blickt, diese Szene allein zeigt, was russische Kunstwerksmag! Welche Logik, Geschlossenheit und Konsequenz der Handlung, welcher Ernst und Würde zur Kunst noch im kleinsten Detail! Ein Film, den jeder gesehen haben muß!  
A. Dombrowski.

# Die Fortbildungsschule — wie sie ist und wie sie sein soll

## Vorschläge eines sozialistischen Lehrers

Breslau, 14. August.

Wir erhalten folgende Zuschrift eines sozialistischen Fortbildungsschullehrers:

Ihren Artikel über die ins Gefängnis „wandernden“ Berufsschüler habe ich mit Interesse gelesen und erlaube mir aus diesem Grunde eine kurze Bemerkung.

Die von den Gemeinden getroffenen Maßnahmen zur „Milderung“ der Strafen sind nur ein Herumdoktern an Symptomen. Das Uebel muß an der Wurzel gefaßt werden. Man kann unter den derzeitigen Verhältnissen kaum ein Interesse bei den ungelerten Arbeitern für einen Unterrichtsstoff voraussetzen, da der junge Mann stets von dem Gedanken besetzt wird: Heute verlierst du ein Sechstel deines Wochenlohnes. Ist dieser Verlust schon unüberwindlich, so droht dem regelmäßigen Besucher der Schule noch eine weit größere Gefahr: Der Betrieb vermisst nur ungern seine „Arbeitskraft“ und droht häufig mit Entlassung. Es ist doch eine bekannte Tatsache, daß gerade bei Arbeitsüberflüssen der Berufsschulbesuch das größte Hemmnis zur Erlangung einer neuen Arbeitsstelle ist. Das soll kein Vorwurf gegen die Berufsschulen sein; den Fehler hat der Befehlgeber gemacht, indem er vergessen hat, die Bedingungen zu schaffen, die einen regelmäßigen und erfolgreichen Unterrichtsbetrieb garantieren. Diese Lücke müßte ein neues Gesetz ausfüllen, dessen Inhalt, kurz gefaßt, folgendes enthalten müßte:

„Die Unterrichtszeit gilt (wie bei allen Lehrlingen) als Arbeitszeit und ist dementsprechend bei der Lohnabrechnung zu vergüten.“ Aus meiner Praxis an Berliner Arbeiterklassen weiß ich, daß einige wenige bereits zu dieser Einsicht gelangt sind. Man kann jedoch von der Gesamtheit der heutigen Arbeitgeber diese Einsicht nicht verlangen; deshalb muß aber dieses Gesetz verlangt werden; denn es ist ein gutes Recht des jungen Arbeiters, daß er im Produktionsprozeß dem Lehrling gleichgestellt ist. Selbst der Meister würde es unbillig begehen (?!), wenn der Lehrling die durch den Unterricht veräumelte Arbeitszeit nach der Lehrzeit nachholen sollte. In Geld umgerechnet muß jedoch der ungelernete Arbeiter die veräumelte Zeit nach Beendigung der Berufsschulpflicht nachholen, um eben das zu haben, was drei Jahre ohne Berufsschulpflicht eingebracht haben. Er ist also zum jugendlichen Arbeiter zweiter Klasse degradiert.

Hoffen wir, daß die frischgewählten Volksvertreter sich intensiver mit dieser Materie befassen werden. Ich habe im preussischen Parlament der abgelaufenen Wahlperiode einige Abgeordnete der Regierungsparteien für eine derartige Bestimmung zu gewinnen versucht. Doch ist dabei ein positives Ergebnis nicht herausgesprungen. Sollte ein mehr links orientiertes Parlament auch dafür nichts übrig haben?

Mit der Annahme einer derartigen Gesetzesvorlage wäre beiden

Seiten gedient: der zum Mitverbleiben gezwungene Jugendliche würde die Schule nicht ohne Grund verlassen; er würde mit mehr Lust und Liebe dem Unterricht folgen und die Schule hätte weniger Grund, aber Schulverhältnisse und mangelndes Interesse der Jugendlichen zu klagen. Dann müßte allerdings von den Schulleitern mehr psychologisches Verständnis gegenüber dem jugendlichen Arbeiter verlangt werden. Wer zunächst körperliche Arbeiten verrichtet hat, kann nicht mehrere Stunden mit geistiger Frische dem Unterricht folgen. Auch ist es ein Übel, von einem vorwiegend körperlich Arbeitenden sieben bis acht Stunden an einem Tage zu verlangen. Denn jeder Intellektuelle, der sich die Mühe gibt, als Gruben- oder auch als Landarbeiter zu arbeiten, wird zugeben, daß es ihm kaum möglich war, am Abend noch eine Feltung zu lesen, ohne die er bei seiner früheren geistigen Arbeit nicht leben konnte. Der geistig trainierte Arbeiter ist eher in der Lage, erfolgreich mehr als sechs Stunden am Unterricht teilzunehmen. Die geistigende Landarbeit sowie jede Muskelarbeit geben nicht die Möglichkeit dieses geistigen Trainings. Daher würden drei Stunden an einem Tage bei der gegebenen Voraussetzung (des Entgelts), die auf den Vormittag zu legen wären, den Verhältnissen des jungen Arbeiters mehr Rechnung tragen. Solange die Unterrichtsstunden nicht als Arbeitszeit angesehen werden, kann natürlich die zweite Forderung nicht in die Praxis umgesetzt werden; denn sie würde den jungen Arbeiter noch mehr schädigen, da er dann noch einen zweiten Tag verlieren würde. Aus pädagogischen Gründen komme ich, als ehemaliger Arbeiter, zu dem Ergebnis:

1. der Berufsschulunterricht ist der Arbeitszeit gleichzustellen und dementsprechend zu vergüten;
2. bei Inkrafttreten von 1. ist der Schulbesuch bei den vorwiegend körperlich beschäftigten Jugendlichen so zu regeln, daß diese nicht mehr als vier Stunden an einem Tage theoretischen Unterricht erhalten.

Ein Berufsschullehrer.

Bezahlung der Fortbildungsschulstunden! Diese Forderung hat die SPD, insbesondere auch der KPD, seit Jahren erhoben. Wir freuen uns, daß sozialistische Lehrer diese Forderung unterstützen und stimmen auch mit dem Einsender überein mit der Forderung nach Verkürzung der Unterrichtsstunden und ihre Verlegung auf den Vormittag. Gefordert muß ferner werden, daß der Fortbildungsschulbesuch auch für die ehemaligen Besucher höherer Lehranstalten obligatorisch wird. Trägt doch die Befreiung der Schüler höherer Lehranstalten dazu bei, daß den Volksschülern eine Reihe von Berufen verschlossen bleibt. Nicht nur Banken, sondern bereits kleine Handlungen verlangen heute höhere Schulbildung für ihre Lehrlinge, nur deshalb, um sie nicht in die Fortbildungsschule zu

schicken. Von dem neuen Landtag erwarten wir nicht, die SPD, denkt nicht daran, ihre Koalitionsgenossen durch neue Schulforderungen „vor den Kopf zu stoßen“.

Wir fürchten deshalb, daß der sozialistische Fortbildungsschullehrer mit dem neuen Landtag keine besseren Erfahrungen machen wird als mit dem alten. Wie er, so sind auch wir gegen das „Herumdoktern an Symptomen“. Wir kämpfen für eine Schule und eine Fortbildungsschule auf der Grundlage marxistischer Erkenntnisse, moderner Erziehungswissenschaft und praktischen und theoretischen Arbeitsunterrichtes. Erst in dieser Schule, in der die Lehrer natürlich erst eine ganz andere Rolle spielen werden als hier, werden die Schüler mit Lust und Liebe lernen und in dem Lehrer nicht mehr ihren Feind, sondern ihren Freund und Förderer erblicken. Wollen uns die Lehrer hierbei helfen, so müssen sie freilich auch unseren politischen Kampf mit seiner Zielsetzung unterstützen.

## Wie man Arbeiter um ihren Lohn betrügen will

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Bei der Papierfabrik Dopp u. Schmidt, Dahnau, die als Knochenmühle jedem Arbeiter bekannt ist, werden kurze Zeit durch die auswärtige Beton-Firma Karl Lentig verschiedene Bauten ausgeführt. Einer unserer KPD-Kameraden hatte dabei dort Arbeit gefunden, und zwar zuerst bei einem Stundenlohn von 70 Pfg. Nach fünf Wochen kam der Kamerad wegen Arbeitsmangel zu den Fabrikmauern, und zwar zu dem als Antreiber „rühmlichst“ bekannten Wauerspolter Freiberg. Laut der Einstellungsbescheinigung sollte der Kamerad 64 Pfg. Stundenlohn erhalten, also nicht den Tariflohn der Bauarbeiter, sondern nur den der Fabrikarbeiter. Auch diese 64 Pfg. aber sollte es erst nach sechs Wochen Beschäftigung geben und vorher nur 50 Pfg. für die schwere Arbeit. Nach andauernden Verhandlungen versprach ihm der Voller, 64 Pfg. Stundenlohn zu zahlen. Dafür verlangte der Voller unerhörte Arbeitsleistungen von unserem Kameraden. Durch diese rücksichtslose Antreiberlei des Freiberg zog sich der Kamerad eine Fußverstauchung und Bauchmuskelerkrankung zu, an denen er 1½ Wochen krank lag. Beim Geldholen bemerkte der Kamerad, daß man ihm nur 50 Pfg. pro Stunde zahlte. Nach Wiederantritt forderte er zunächst die Zahlung von 64 Pfg. und wurde am nächsten Tage „biefershalb“ wegen Arbeitsmangel entlassen. Da Arbeitsmangel tatsächlich nicht vorhanden war, ist dies ein Beweis dafür, daß man den Kameraden loswerden wollte, weil er sich nicht ruhig ausbeuten ließ. Der Kamerad hat aber trotzdem durchgehakt, daß ihm pro Stunde die 5 Pfg. nachgezahlt werden mußten.

Kollegen, noch zu erwähnen ist, daß alle anderen Kollegen sich so weit erniedrigen und sich als Lohnbrüder gebrauchen lassen, indem sie für 50 Pfg. Stundenlohn die ersten sechs Wochen arbeiten und ebenfalls zu denselben Bedingungen eingestellt worden sind! Kollegen in der Papierfabrik Ihr habt gesehen, was der eine Kollege durchgehakt hat, daß man alle Kollegen leichter und schneller durchsehen können als ein einziger Kollege. Wie konntet ihr zusehen, daß man den Kollegen entließ, der für seinen richtigen Lohn kämpfte? Kollegen, wir rufen euch zu, seht nicht tatenlos zu, wie einzelne Kollegen gegen die Ausbeutung kämpfen, sondern helft mit. Tretet ein in die freien Gewerkschaften, tretet ein in die kommunistische Partei, und kämpft mit uns in einer festen geschlossenen Front gegen Ausbeutertum und für menschenwürdige Löhne!

anderen Kollegen zu erlangen suchen mußten. Wenn wir trotzdem dem Fall Kollender einen längeren Artikel widmen, so deshalb, weil es hier nicht um die Person Kollenders geht, sondern um wichtige freigewerkschaftliche Grundsätze. Man beachte:

Die Gewerkschaft fordert die Entlassung von Unorganisierten, legt die Arbeit nieder. Als Antwort auf dieses einseitige Vorgehen entläßt die Bauleitung den ersten Baudelegierten. Obwohl die Arbeitsniederlegung ausschließlich im Interesse der freigewerkschaftlichen Bewegung geschah, unternehmen die reformistischen Engherren nichts, um die Wiedereinstellung des ersten Baudelegierten zu erzwingen. Im Gegenteil, sie verweigern die Streikunterstützung und bereiten damit dem einmütigen Streik ein Fiasko.

Dieser Vorfall dürfte auch dem letzten Kollegen klar machen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsangehörigen alles andere, nur keine Vertreter der Arbeiterinteressen sind. Je eher sie aus den freien Gewerkschaften verschwinden, desto besser für die Kollegenschaft. Je eher es der Opposition gelingt, ihren verberblichen Einfluß vollkommen zu vernichten, desto schneller wird es wieder möglich sein, Erfolge im Gewerkschaftskampf zu erzielen. Deshalb, Kollegen, unterstützt die Opposition!

## Schlichtungsdiiktat

### Für ein Drittel aller Arbeiter verbindlich erklärte Schlichtungsdiiktat

Die „Industrie- und Handelszeitung“ vom 9. August bringt Zahlen über das Schlichtungswesen, die von „kompetenter Seite“ zusammengestellt, sehr lehrreich sind.

Erfolgt wurden 402 Lohnverträge mit über 5½ Millionen Arbeitern nach dem Stand vom 24. Juli 1928.

Es kamen zustande:

Durch verbindlich erklärten Schlichtungsdiiktat	46 Verträge mit 1 880 000 Arbeitern	33,9 Prozent.
Durch Vergleich nach gefälligem Schlichtungsdiiktat	64 Verträge mit 1 000 000 Arbeitern	18,1 Prozent.
Durch beiderseitige Annahme gefälliger Schlichtungsdiiktate	147 Verträge mit 1 580 000 Arbeitern	28,6 Prozent.
Durch freie Vereinbarung	134 Verträge mit 1 020 000 Arbeitern	18,5 Prozent.
Ein tarifloser Zustand entstand für 50 000 Arbeiter		0,9 Prozent.

Diese Ziffern zeigen, daß mehr als ein Drittel aller Arbeiter den Lohn durch einen verbindlich erklärten Schlichtungsdiiktat erhielten. Für über 70 Prozent der Arbeiter wurden Schlichtungsdiiktate gefällig und nur 18 Prozent erzielten ihren Lohnvertrag durch freie Vereinbarung.

Diese Statistik enthält die volle Erklärung für die erbärmlichen Hungerlöhne der deutschen Arbeiter.

Sie widerlegen auch einen frechen reformistischen Schwindel. Die SPD-Führer behaupten, daß durch verbindlich erklärten Schlichtungsdiiktat nur ein kleiner Teil der Tarifverträge zustande käme. Nun stimmt es wohl, daß die Zahl der Verträge verhältnismäßig klein ist. Es sind aber gerade die wichtigsten Verträge, die am meisten Arbeiter umfassen. Entscheidend ist nicht die Zahl der Verträge, sondern die Zahl der Arbeiter. Bei den 33,9 Prozent, denen verbindlich erklärte Schlichtungsdiiktate aufgezwungen wurden, handelt es sich gerade um die wichtigsten Arbeitergruppen.

Wenn für über ein Drittel der Hungerlöhne direkt von Vertretern des kapitalistischen Staates diktiert wurde, so wirkt das auf alle Arbeiter zurecht.

Darum muß das Schlichtungswesen im Kampf weggeegelt werden. Schluß mit dem Lohndiiktat!

## Aus den Gewerkschaften

# Betriebsrat fristlos entlassen — Gewerkschaftsführer rühren sich nicht!

### Aus der Praxis des Meise im Baugewerksbund Breslau

Am Herbst vergangenen Jahres wurde in Krawallen bei Breslau im Auftrage der Reichsmonopol-Verwaltung der Bauverordneter Gebäude in Angriff genommen. Die Bauten werden u. a. von der bekannten „Guta“ ausgeführt. Beschäftigt sind etwa 600 Arbeiter. Beauftragter der Reichsmonopol-Verwaltung ist ein gewisser Fröhlich. Den Posten des Bauführers bekleidet ein Herr Diktus. Die auf dem Bau beschäftigten Kollegen sind durchweg organisiert und achten auf die Erfüllung des Tarifvertrages. Neben mehreren Baudelegierten hatten die Kollegen auch einen Betriebsratsvorsitzenden (1. Baudelegierten) gewählt. Diesen Posten bekleidete der Kollege Rudolf Kollender. Bereits im vergangenen Jahre haben die Kollegen mehrere Male getreilt, um die Entlassung von Stahlhelmläutern und die Zahlung tariflicher Löhne zu erzwingen. Die Streiks hatten immer vollen Erfolg. Natürlich wollte sich die Bauleitung nicht ohne weiteres mit diesen Niederlagen abfinden. Als erste Maßnahme entließ sie den technischen Bauführer, einen gewissen Schmidt, der später in der „Baushütte“ Anstellung fand, wo er allerdings ebenfalls nicht lange bleiben konnte. Der Nachfolger von Schmidt, der einangangs erwähnte Diktus, glaubte nun, die Ursache aller Streiks in dem Betriebsratsvorsitzenden Kollender gefunden zu haben.

Bar einigen Tagen trat sich auf der Baustelle folgendes zu: Angeblich wegen Arbeitsmangel sollten eine Reihe Kollegen entlassen werden. Gegen die Entlassung eines Teiles dieser Kollegen erhoben die Baudelegierten und Kollege Kollender Einspruch. Trotzdem wurden sie entlassen. Nachträglich gelang es dem Kollegen Kollender, vom Bauführer Diktus das Versprechen auf Wiedereinstellung der Entlassenen auf einer benachbarten Baustelle der „Guta“ zu erlangen. Auf Anweisung von Diktus sollten die zur Wiedereinstellung vorgesehene Kollegen um 6,30 Uhr auf der Baustelle bei Kollender sein. Von 6,30 bis 7,30 Uhr bemühte sich Kollender, die Kollegen unterzubringen. Das war ihm nicht möglich. Daraufhin begab er sich zu der Baustelle der Firma David und Grobe. Dieser Vorfall wurde nun von Diktus benutzt, um Kollender „unentschuldigstes Fernbleiben von der Arbeit“ in die Schuhe zu schieben.

Einige Tage vor diesem Zwischenfall beklagten sich einige Kollegen bei Kollender, daß bei der Firma David und Grobe an organisierte Kollegen untertarifliche Löhne gezahlt werden. Natürlich verlangte Kollender die sofortige Abstellung dieses Mißstandes. Trotzdem dies versprochen wurde, mußte Kollender zwei Tage später feststellen, daß alle Gräben mit unorganisierten besetzt waren. Die Firma hat nämlich den Organisierten den Tariflohn gezahlt und sie — entlassen. Natürlich konnte sich das die Kollegenschaft nicht gefallen lassen. Kollender setzte sich sofort mit dem Verbandshaus in Verbindung und erhielt von dem Angestellten Meise zur Antwort: „Macht die Wunde dicht.“ Daraufhin begab sich Kollender zu Herrn Fröhlich, um mit ihm über die Forderungen der Kollegenschaft zu verhandeln. Witten in der Verhand-

lung mit Fröhlich wurde Kollender plötzlich zu Diktus gerufen, wo ihm Mitteilung von seiner

fristlosen Entlassung

gemacht wurde. Das war am 30. Juli um etwa 11 Uhr vormittags. Um 12 Uhr fand der ganze Betrieb still. Um 10 Uhr fand im Gewerkschaftshaus die Versammlung der freitenden Baudelegierten statt. Der Angestellte Meise war nicht anwesend. Dafür ließ dabei im Auftrage von Meise erklären, daß der Verband den Streik nicht genehmige und keine Unterstützung zahle. Er forderte die Kollegen auf, wieder in Arbeit zu gehen. Die Baudelegierten wollten davon natürlich nichts hören. Sie erklärten, daß sie vor der Wiedereinstellung des Kollegen Kollender die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden. Am nächsten Tage vormittags fand die allgemeine Streikversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Hier verurteilten die Angestellten Meise und Kundt, die Kollegen zum Streikbruch zu bewegen. Die Versammlung nahm einen jüwmischen Verlauf. Da in der Zwischenzeit die Firma versprochen, die Unorganisierten zu entlassen, wurde schließlich beschlossen, am nächsten Tage um 8 Uhr mit der Bauleitung über die Entlassung des Kollegen Kollender zu verhandeln und alle Streikenden für 10 Uhr auf die Baustelle zu bestellen. Zu der am nächsten Tage stattgefundenen Verhandlung mit der Bauleitung wurden neben Diktus und Meise alle Baudelegierten, nur nicht Kollender, zugelassen, und zwar deshalb, weil der Angestellte Meise noch vor der Verhandlung in aller Öffentlichkeit erklärt hatte: „Mit Kollender verhandle ich nicht.“ Der Bauführer Diktus führte die verschiedensten Gründe an, um die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden zu rechtfertigen. Unentschuldigstes Fernbleiben von der Arbeit, ungünstige Beeinflussung des Arbeitswillens der Arbeiter, Stellungnahme gegen die Akkordarbeit und ähnliche Dinge waren es, die Diktus zur Sprache brachte. Obwohl diese „Vergehen“ lediglich im Interesse der Kollegenschaft geschehen waren, fand der Verbandsangestellte Meise kein einziges Wort zur Verteidigung des fristlos entlassenen Kollender. Im Gegenteil, als einige Baudelegierte versuchten, die Argumente des Bauführers zu entkräften, erhielten sie von Meise zur Antwort: „Verteidigt doch Euren Rudolf nicht zu sehr.“

Da der Verband jegliche Unterstützung versagte, mußte der einmütig begonnene Streik abgebrochen werden. Die Bauleitung ist den lästigen Betriebsrat los und damit die 600 Kollegen einen ihrer besten Interessensvertreter. Das war nur möglich, weil die Meise und Kundt und wie sie sonst noch heißen mögen, abgehakt hatten, den entlassenen Kollegen und die Interessen der auf dem Bau beschäftigten mit Hilfe der Organisation zu verteidigen.

Kollender ist kein Kommunist. Er hat es sogar abgelehnt, in die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ zu kommen. Er beschäftigt uns lediglich die Tatsache seiner Entlassung, in daß mir den Bericht von

# Breslau

## Die Bedeutung der Frau im revolutionär. Kampf

darüber spricht am **Mittwoch abend 8 Uhr** die Vorsitzende des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes die Abgeordnete Genossin **Lene Overlach**

## in einer öffentlichen Frauen-Versammlung im „Bergkeller“

Massenbesuch erforderlich. Alle Parteigenossen und RFB. - Kameraden sind verpflichtet, ihre Frauen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen

## Das Antreiberystem bei der Polizei fordert das erste Opfer

Durch die bürgerliche Presse geht folgende Notiz:

**Tragischer Selbstmord eines Schupo-Oberwachtmeysters.** Ein Oberwachtmeyster eines Breslauer Polizeireviere hatte am Sonntagmittag in der Wohnung des Ofenseyers Hippert, Wölflstraße 9, eine dienstliche Feststellung zu treffen. Zwischen den Eheleuten war ein Streit entstanden, im Verlaufe dessen der Ofenseyer zu einem Revolver gegriffen und zwei Schüsse abgegeben hatte. Der Oberwachtmeyster sah die Angelegenheit als einen Mordversuch an und erstattete eine diesbezügliche Anzeige. Der Vorsteher des Reviers beanstandete indes diese Anzeige, da sie nicht klar genug schien, schickte einen zweiten Beamten in die Wohnung des Ofenseyers und ließ dort nochmals Feststellungen treffen. Dieser Beamte ermittelte, daß es sich um eine Eifersuchtszene gehandelt hat. Der Ofenseyer wollte, wie er angab, seine Frau durch die Schüsse, die im übrigen auch fehlgegangen sind, nur einschüchtern. Die Wistole und sieben Patronen sowie ein Gewehr wurden beschlagnahmt. Nach Klärung des Sachverhaltes beauftragte der Reviervorsteher den Oberwachtmeyster für Montag früh zu sich, um mit ihm noch einmal den Fall durchzusprechen. Nach dem Besuche jedoch die Wohnung des Beamten verschlossen. Nachdem die Ehefrau des Oberwachtmeysters, die in einem Breslauer Geschäft tätig ist, in Kenntnis gesetzt worden war, öffnete man die Wohnung und fand den Beamten dort erschossen auf. Er hatte Selbstmord verübt. Der tiefere Grund seiner Handlungswelt soll darin zu suchen sein, daß er schon seit längerer Zeit an einem Nervenzusammenbruch litt.

Zu dieser Notiz wird uns von besonderer Stelle geschrieben: Bei der Polizei macht sich seit einiger Zeit ein gewisses „Antreiberystem“ bemerkbar, d. h. die mit irgendwelchen Ermittlungen usw. beauftragten Beamten sind angewiesen, die ihnen übergebenen Aufträge baldigst zu klären. Man versucht also die Unfähigkeit der höheren Beamten (siehe die Fälle Fehse, Kofen, Kohnmann usw.) durch erhöhte „Tätigkeit“ der unteren Beamten wettzumachen. Das erste Ergebnis dieses Systems ist der Freitod des Oberwachtmeysters. Andere Ergebnisse werden sein halblöse Verdächtigungen Unschuldiger. Unter der Oberherrschafft des preussischen Innenministers, des Sozialdemokraten Erzberger, wird also auch bei der Polizei die Rationalisierung eingeführt. Die Opfer dieser Rationalisierung stellt das Proletariat, deren „Berufener“ Vertreter auch Herr Erzberger sein will.

## Die Presseausstellung eröffnet

Gestern wurde die Ausstellung „Die kommunistische Presse“ in den Zentralballsaal eröffnet. Beim Eintritt in den großen Saal weiß man nicht recht, wo man mit der Schau beginnen soll. Doch sehr bald findet man sich zurecht und findet, daß die ganze Ausstellung organisch ineinandergreift. „Die Berichterstatter und Mitarbeiter der kommunistischen Presse sind Arbeiter. Die Arbeiterkorrespondenten arbeiten ehrenamtlich.“ verkündet ein Plakat. Neben dem Plakat ausgestellte Lohnbeutele, Straflisten und eine Anklageurkunde der Kurzarbeit zeigen, wie diese Arbeiterkorrespondenten in den kapitalistischen Betrieben entlohnt und behandelt werden und weshalb sie die Mitarbeit an der kommunistischen Presse für notwendig halten. Einige Tische weiter wird gezeigt, wie aus den Arbeiterkorrespondenzen die fertige Zeitung entsteht. Bunte Schornsteine illustrieren den Aufstieg der Wochenausgabe der „Arbeiter-Zeitung“. Eine große Karte zeigt ihr kolossales Verbreitungsgebiet. Die Geschichte der „Arbeiter-Zeitung“ wird durch mehrere Nummern aus der ersten Zeit ihres Bestehens illustriert. Auf einer großen Anzahl Tafeln und riesigen Vitrinen sind die Zeitungen aus allen Teilen der Welt zu sehen. Deutsche Uebersetzungen erlauben jedem Besucher, sich auch hier leicht zurechtzufinden. Betriebszeitungen, illegale Zeitungen, illustrierte Zeitschriften, weise durch die Vorzensur entstandene Lücken. Betriebszeitungen der Unternehmer — alles, was in der Ausstellung zu sehen ist, kann in einer kurzen Besprechung nicht erwähnt werden. Der Raum rechts vom Saal ist für die Filmborträge reserviert. Der Raum links beherbergt die Sonderausstellungen der verschiedenen Klassenkampfororganisationen, wie kommunistische Jugend, Roter Frontkämpferbund, Roter Frauen- und Mädchenbund, Rote Hilfe. Einen größeren Raum nimmt die Buchhandlung ein, in der man jede revolutionäre Literatur nicht nur ansehen, sondern auch kaufen kann.

Der Besuch am ersten Tag war zufriedenstellend. An den nächsten Tagen muß er aber verstärkt werden, denn kein Werktätiger darf sich die günstige Gelegenheit, für wenig Geld etwas Gutes sehen zu können, entgehen lassen. Am heutigen Dienstag ist der Besuch besonders empfehlenswert, weil der Redakteur Genosse Arthur Dombrowski einen interessanten Vortrag über die „Geschichte der Arbeiter-Zeitung“ halten wird, welcher selbstverständlich auch die Geschichte der revolutionären Bewegung Schlesiens streifen wird. Wir fordern die Organisationsmitglieder und unsere Leser auf, selbst die Ausstellung zu besuchen und alle Bekannten mitzubringen.

## Die Arbeitsmarktlage in Niederschlesien

Im gesamten Bezirk des Landesarbeitsamtes ging die Zahl der Arbeitsuchenden von 71 050 auf 71 454, die der Hauptunterstützungsempfänger von 89 500 auf 88 551 zurück. Für Niederschlesien sind die entsprechenden Ziffern: von 57 190 auf 57 875 resp. 82 078 auf 81 801, für die Stadt Breslau von 33 358 auf 32 865 resp. von 10 890 auf 10 798 und für Oberschlesien von 14 735 auf 14 085 bzw. von 7468 auf 6885. Sehr verschlechtert hat sich die Lage in der Spinnstoffindustrie. Bei vier Betrieben ist die Einführung von Kurzarbeit beschlossen worden. Mit einer Wiedereinstellung der entlassenen Arbeitskräfte kann vorläufig nicht gerechnet werden. Nur in den Kreisen Lauban und Löwenberg trat eine leichte Besserung ein. In diesem Jahre beträgt die Zahl der Arbeitsuchenden 4100 gegen 700 im Vorjahre, was einer Steigerung um fast 500 Prozent entspricht.

## Zur Beschäftigung auswärtiger Arbeiter

Das städtische Presseamt meldet: Der Magistrat hat an den Landrat des Landkreises Breslau ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Der Beschluß des Magistrats über die Beschäftigung auswärtiger Arbeiter richtet sich nicht gegen die bisher in Breslau bereits beschäftigten Arbeiter, sondern in der Hauptsache gegen neuen Zugang. Es bestehen also keinerlei Bedenken, daß die in den Breslauer Vororten wohnenden Arbeiter, die bisher ihre Arbeitsstätte in Breslau gehabt haben, auch weiterhin in Breslau beschäftigt werden. Wenn einige Arbeitgeber den Beschluß des Magistrats anders aufgefaßt und zur Ausführung gebracht haben, so beruht das auf mißverständlicher Auffassung. Wir freuen uns, daß auch sie der Meinung sind, daß die Zuwanderung von Arbeitern aus den rein landwirtschaftlichen Gebieten nach Breslau unerwünscht ist, und dürfen damit wohl feststellen, daß wir in der Auffassung über die Beschäftigung außerhalb Breslaus wohnender Arbeiter vollständig übereinstimmen.“

## Verlegung der Kreisstelle 1 des Wohlfahrtsamtes

Die Kreisstelle I des städtischen Wohlfahrtsamtes zieht am kommenden Mittwoch, d. h. der 15. August 1928, von Matthiasstraße 14 nach Matthiasplatz 21. Etlige Fälle finden am Umzugstage ihre Erledigung noch in der alten Dienststelle Matthiasstraße 14, Zimmer 2.

## Kommunistische Presse-Ausstellung

„Zentral-Ballsäle“, Westendstraße 50

Heute 20 Uhr:

**Vortrag: „Die Geschichte der Arbeiter-Zeitung“**

Referent: Genosse Dombrowski

Die Ausstellung ist geöffnet von 14-22 Uhr

Eintritt 20 Pfg.

Die täglichen Straßenunfälle. Am Sonnabend, in den Vormittagsstunden, stieß auf der Weinstraße der radfahrende achtzehnjährige Sohn des Postassistenten Hanisch, wohnhaft Weinstraße 32, mit einem Auto derart heftig zusammen, daß der Radfahrer, dessen Rad vollständig zertrümmert wurde, mit Verletzungen im Gesicht nach der nahen elterlichen Wohnung gebracht werden mußte. — Schwer verletzt wurde am Sonnabendabend die Rentnerin Pauline Starke, Bierturnstraße 18 wohnhaft, als sie beim Ueberschreiten des Fahrdammes in der Gräbichener Straße von einem Radfahrer umgerissen wurde. Die Verunglückte mußte mit einem Auto in das Elisabethinerinnen-Krankenhaus geschafft werden. — Ebenfalls von einem Radfahrer wurde am Freitagabend in der Ecke Ohlauer Straße und Schuhbrücke die Ehefrau Clara Feilerabend, Kleine Groschengasse 3 wohnhaft, umgefahren und verletzt. Sie mußte in ihre Wohnung geschafft werden.

Polizeiliches Vorgehen gegen Straßenhändler. Aus verkehrspolizeilichen Gründen ist vom Polizeipräsidenten die Aufhebung sämtlicher Standplätze für den Straßenhandel auf der Alsen-, Berliner-, Andersen- und Mariannenstraße und die Verlegung dieser Standplätze in die verkehrssärmeren Nebenstraßen des genannten Straßenzuges erfolgt.

Tages-Leuchtschilder bei den städtischen Autobussen. Bei der Autobuslinie der städtischen Straßenbahn werden gegenwärtig Tages-Leuchtschilder als Richtungschilder erprobt, die sehr wirkungsvoll und weit hin lesbar sind. Das Schild, das auf dem Wagen der Strecke Südpark-Partlieb angebracht ist, hat zwischen den beiden Worten einen Pfeil, der jeweils nach der betreffenden Richtung zeigt,

wohin der Autobus fährt. Das Richtungschild wird so eingerichtet, daß es auch in der Dunkelheit leuchtet. Das Publikum wird die Neuerung zweifellos begrüßen.

## Arbeitersport

Fußballergebnisse vom Sonntag

- Bader I — Silesia-Riders I 0:1
- Bader II — Silesia-Riders II 4:3
- Bader III — VfL III 0:4
- 1921 II — Sparta II 5:2
- Freie Sportfreunde III — Sparta III 2.
- Sturm I — Einigkeit I 3:1
- Süd III — Einigkeit III 0:0
- VfL III — Einigkeit IV 2:2
- Union I Jgd. — Einigkeit I Jgd. 1:3
- Union I — Stern I 1:3
- Union II — Stern II 0:2
- Union III — Stern III 1:5
- VfL II — Hertha II (Brieg) 1:2
- VfL I Jgd. — Silesia-Riders I Jgd. 4:2
- VfL II Jgd. — Silesia-Riders II Jgd. 4:0
- VfL Jr. — Silesia-Riders Jr. 1:0

Kreisfeste — Fußball. Sämtliche Genossen treffen sich von nun an jeden Donnerstag 17.45 Uhr auf dem VfL-Platz Gondaun. Neben Fußballkleidung sind Turnschuhe mitzubringen.

Arbeiter-Nachfahrer-Berein „Breslau“

Die Vereinsabende der einzelnen Abteilungen sind folgende:

- 1. Abteilung: Dienstag, 21. August, bei Eickhoff, Klosterstr. 123.
- 2. Abteilung: Freitag, 24. August, bei Klante, Hochstr. 7.
- 3. Abteilung: Freitag, 17. August, bei Brieger, Alsenstr. 49.
- 4. Abteilung: Montag, 20. August, bei Wiegorel, Bartischstr. 6.
- 5. Abteilung: Dienstag, 14. u. 28. August, bei Raab, Uferstr. 28.
- 6. Abteilung: Freitag, 17. August, bei Strähler, Hubenstr. 115.
- 7. Abteilung: Dienstag, 21. August, bei Hoffmann, Schönstr. 21.
- 8. Abteilung: Freitag, 17. August, bei Stänkel, Reudorfstr. 88.
- 9. Abteilung: Freitag, 24. August, bei Matlackel, Frankfurter Str. 199.
- 10. Abteilung: Freitag, 24. August, bei Witte, Dimpfer Weg.
- Motorradfahrer: Donnerstag, 18. August, bei Böhm, Jahnstr., Ecke Lorenzengasse.
- Mittwoch, 15. August, Sportauschickung bei E. Böhm, Jahnstraße.

U.S.B. Freiheit gegen VfL 0:1 (0:1). Ein interessantes Spiel entwickelte sich an der Kleinmannshöhe. Dort trafen sich folgende Mannschaften: U.S.B. Freiheit erste, zweite und dritte Elf gegen die gleichen Mannschaften von VfL. Um 17.30 Uhr spielten die ersten Mannschaften von Freiheit gegen VfL. Mit Anstoß von VfL entwickelte sich ein flottes scharfes Spiel; schon am Anfang merkte man die Ueberlegenheit von Freiheit. Durch zeitweilige Durchbrüche kam auch das Tor von Freiheit öfters in Gefahr; jedoch durch das schnelle Handeln des Torwannes war es unmöglich, etwas bei ihm zu erzielen. In der 38. Minute war es der linke Flügel, der durch Unvorsichtigkeit das Eigentor verschobete. Freiheit drückte ganz gewaltig auf das Tor des Gegners, ohne jedoch etwas zu erzielen. Nach Wiederanstoß bedrängte Freiheit den Gegner, und die Ueberlegenheit Freiheit machte sich sehr bemerkbar. Jedoch durch Verscharenheit wurden die öfteren todsichere Sachen von Freiheit nicht ausgenützt. Ein Durchbruch von VfL brachte einen Elfmeter zustande, der von dem rechten Verteidiger geschossen wurde und haarsträubend über die Torlaten ging. Sieger konnte Freiheit sein. Der Schiedsrichter war gerecht und konnte gut gefallen. Vorher spielte die zweite Elf 4:1 für VfL, die dritte Elf 3:2 für VfL.

## Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Sofort Jugendtag-Abzeichen abrechnen auf Konto Fritz Ködler, Breslau 746 76.

Breslau

Strehlen. RFD. und RFB. Dienstag 20 Uhr Funktionärskonferenz bei Wende.

Kommunistischer Jugendverband

Das Konto Franz Sczymbowski ist für Organisationszwecke eröffnet. Alle Zahlungen haben nur auf Konto Fritz Ködler, Breslau 746 76, zu erfolgen.

- West. Dienstag 20 Uhr Heimabend im „Anglerheim“, Leuthenstr.
- Süd. Mittwoch 19.30 Uhr bei Jank, Friedrichstraße 41, öffentlicher Gruppenabend.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau

- Abt. 3. Mittwoch Antreten in „Stadt Ranslau“.
- Note Jungfront. 1. u. 2. Abt. Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Oderstrom“, Uferstraße.
- RFB, Abt. 2. Dienstag 20 Uhr Kameradschaftsabend bei Nitsche, Jägerstraße 2. Gäste willkommen.

Sonstige Organisationen

Breslau

- Arbeiter-Sperantogruppe. Heute Dienstag 20 Uhr im Photoheim der Naturfreunde, Messergasse 34, Vorstandskonferenz.

## Schauspielhaus

Operettenbühne

Breslau

Telephon Nr. 36300

Täglich 20 Uhr

**Wissen Sie schon?**  
Die große Schwarz-Revue

## Crema Leodor

Vier wichtige Verwendungsmöglichkeiten:

- Bei Sonnenbrand ist Crema Leodor ein wundervoll wirkendes Mittel gegen schmerzhaftes Brennen der Haut.
  - Bei Insektenstichen verhindert Crema Leodor, die aufgestrichen, schmerzhaftes Anschwellen und Juckreiz.
  - Als Puderunterlage leistet Crema Leodor mit ihrem dezenten Blüthengeruch vorzügliche Dienste.
  - Bei roten Händen und unshöner Hautfarbe verleiht die schneeweiße Crema Leodor den Händen und dem Gesicht jenen matten Teint, wie er der vornehmen Dame erwünscht ist.
- Tube 60 Pf. und 1.- Mk., die dazugehörige Leodor-Seife Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. Bei dratler Einblendung dieses Anzeigers als Drucksache (Umschlag nicht zulassen) mit genauer und deutlich geschriebener Adressenadresse auf dem Umschlag erhalten Sie eine kleine Probeabgabe kostenlos durch Leo-Verte U. G., Dresden-R 8.

## Zurückgekehrt

Dr. Neufless

Sprechapparate

Schallplatten

Mandolinen

Lauten

Ziehharmonika

2-3 Mark

wöchtl. Abzahlung

Nische, Tannenzstr. 51

## Sie verdienen

Sie täglich

10 Mark

mit Schnürsenkel

Nur persönl. kommen

Reste

„Serge, Mittel, Leinwand, Aermelputter

Rohhaar, Garn, Knöpfe

Kernseife, Erbsen

alles sehr billig

prima Ware

Detail und Engros

Berth. Lippert

Breslau

Geierstraße 16

Siliale, Oberstr. 17

Wellenbogensstr. 43

## Uhren Gold Silber

Schmuck in reiner Wahl

pez.: Fugellose

Trauringe



am besten

und

billigsten

**A. Möwius**

Eckhaus Schmiedebrücke

Rechnung: Bitte lassen Sie sich

Eingang ist

Rechnung

Kupferstraße

# Waldenburger Bergland Weitere 500 000 Mark für den Hotelbau am Bierhäuserplatz

## Die kommunistische Fraktion beantragt ein Disziplinarverfahren gegen den Oberbürgermeister Dr. Wiehner und Stadtbaurat Koppe

Die letzte Sitzung des Waldenburger Parlaments hatte folgenden Verlauf: Unter Mitteilungen gibt der Stadtverordnetenvorsitzer Jappe von einem Schreiben des Magistrats Kenntnis, wonach gegen den Magistratssekretär Pöhnel das Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, weil dieser 2800 Mark in seiner Eigenschaft als Ständeamtstellvertreter unterschlagen hatte. D. Hst. leit. Just. in Untersuchungshaft. — Die Stadt beabsichtigt, sich in noch größerer Nähe an der hiesigen Mollerel zu beteiligen als bisher, darum beantragt der Magistrat die Einsetzung einer gemischten Kommission. In die Kommission werden die Stadtverordneten Dellwig, Gläser (Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft), Dietig, Herzberg (SPD.), Kellner (Dem.) und Reichelt (SPD.) gewählt. — Zur Prüfung der etwa zu zahlenden Entschädigungen an die von Hochwasserfällen Betroffenen wird ein Ausschuss, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern und den Stadtverordneten Franz (SPD.), Becker, Schöps und Pudello eingesetzt. Die Versammlung stimmt dann einigen Kaufverträgen zu. Die Umwandlung der Studiendirektorstelle an der Oberrealschule in eine Oberstudienleiterstelle ab 1. April 1928 und die Schaffung einer Oberstudienleiterstelle ab 1. April 1929 wird gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt. Von der kommunistischen Fraktion wird dabei erklärt, daß diese Schule schon sowieso ungeheure finanzielle Mittel beansprucht, daß es unmöglich sei, noch die weiteren Mittel von 600 000 Mark zu bewilligen. — Dem ersten Baudirektor Hoffmann wird eine jährliche Sonderbeihilfe von 300 Mark bewilligt. — Der Magistrat ersucht um Genehmigung zur Einrichtung der früheren Hilfsschule in der Sandstraße als Bürogebäude und der dazu erforderlichen Mittel von 2000 Mark. In die Räume sollen die Grundstücksverwaltung, die Revierwache 1 und der katholische Kinderhort untergebracht werden. Kalzer (SPD.) wendet sich gegen die Ueberlassung von städtischen Räumen an die Schupo. Es sei Angelegenheit des Staates, hier für ausreichende Unterbringung zu sorgen. Rebner fordert gleichfalls die Einrichtung von kommunalen Kinderhorten und lehnt die Ueberlassung von städtischen Räumen an konfessionelle Kinderhorte ab, wobei sich dann der Zentrumsmann Mischke für die letzteren warm einsetzt. Von der sozialdemokratisch-bürgerlichen Mehrheit wird die Vorlage angenommen. — Die frühere katholische Oberschule II im Stadtteil Altwasser soll als Hilfsschule Wiederverwendung finden. Es macht sich der Einbau von Spüllojett und die Bornahe von Dachreparaturen notwendig, dazu werden 11 000 Mark bewilligt. — Die Uebernahme einer weiteren Bürgerschaft und Aufnahme einer Anleihe für das Hotelbauprojekt am Bierhäuserplatz ruft eine längere Debatte hervor. Der Magistrat beantragt, die Bürgerschaft für eine zweite Hypothek zu übernehmen, die die Hotelbau G. m. b. H. aufnehmen muß, um den Bau endlich zu Ende führen zu können. Der Kostenschlag besagt seinerzeit, daß dieses Gebäude 840 000 Mark kosten würde. Die Kosten werden jedoch um etwa 700 000 Mark überschritten. Der Berichterstatter berichtet weiter, daß die für diese Angelegenheit gebildete Kommission vom Magistrat im unklaren gelassen wurde und jetzt, nachdem der Bau vor dem Konkurs stehe, vor fertige Tatsachen gestellt werde. Klement erklärt für die SPD., daß diese ihr Einverständnis für die weitere Bürgerschaft zugestimmt habe, aber mehr Einfluß als bisher bei diesem Hotelbau verlange. Auch die Bürgerlichen rüden von dem Artikel im „Neuen Tageblatt“ ab und verlangten, daß 51 Prozent der Anteile in den Besitz der Stadt übergehen müssen und daß die bisher nicht gezahlten

Anteile von 17 000 Mark von den übrigen Gesellschaftern sofort eingezahlt werden müßten, außerdem die Paulaner Brauerei die dritte Hypothek übernimmt. Auch wird die Nachprüfung der Baukosten verlangt. Kalzer und Franz von der kommunistischen Fraktion rechnen mit dem Gebaren des Magistrats ab. Während für Wohnungsbauten, wie sie von der kommunistischen Fraktion damals beantragt wurden, keine Mittel vorhanden waren, werden in ein solch unsicheres Unternehmen Millionen um ein hineingesteckt, ohne die Stadtverordneten rechtzeitig zu informieren. Die kommunistische Fraktion beantragt daher, daß gegen die verantwortlichen Beamten der Stadt, den Oberbürgermeister Dr. Wiehner und Stadtbaurat Koppe das Disziplinarverfahren eingeleitet wird. Auch die Rebner der anderen Parteien wenden sich gegen die Selbstherrlichkeit des Magistrats. Oberbürgermeister Dr. Wiehner sichert eine Prüfung der Baukosten zu und ist ebenfalls für eine Verstärkung der Kommission. Den seinerzeit gefassten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung (SPD. und Bürgerliche) habe er so ausgefaßt, daß dem Magistrat eine Unbefähigkeit in der Höhe der zu gewährenden Sicherheiten eingeräumt werde. Die verstärkte Kommission werde feststellen können, ob die Mittel zweckmäßig verwendet worden sind oder nicht und könne die Schuldforderung prüfen. Gewisse Zuschüsse könne man diesem Projekt nicht verwehren. Die Entschädigung der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, welche die obengenannten Forderungen enthält, wird mit Unterstützung der SPD. angenommen und in die Kommission außer den Stadtverordneten Kreischmer, Klamt und Franz noch Dietig, Bod, Mischke und Kellner hinzugewählt. Der Bürgerschaftsübernahme von 500 000 Mark wird von der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront zugestimmt und der kommunistische Antrag damit abgelehnt. — Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht. Man darf gespannt sein, wie sich dieser Bau in Zukunft rentabilisieren wird.

## Striegau

### Hals, „Die Trommler“ kommen!

Wie bereits bekannt, findet am Sonnabend, dem 18. August, 20 Uhr in der Bierquelle die Aufführung der „Trommler“ statt. Es ist dies eine Arbeiter-Schauspieler-Truppe, welche den Geist der proletarischen Bewegung zeigt. Der Eintrittspreis beträgt 60 Pf. Die umliegenden Ortsgruppen, denen es nicht möglich ist, in ihrem Orte die „Trommler“ aufzuführen, sollen sich beteiligen.

Genosse Heud spricht. Am 9. August fand im Gasthaus „Zur Bierquelle“ eine öffentliche Versammlung der Roten Hilfe statt, die sehr gut besucht war. Als Referent war der aus dem Hüttenamt entlassene Genosse Heud erschienen. Er verstand es trefflich, die Masse der bürgerlichen Gesellschaft und der Koalitionsregierung vom Gesicht zu reißen. In der Diskussion sprachen nur zwei Parteigenossen, die Gegner hatten es vorgezogen, zuhause zu bleiben. Im Schlußwort sprach Genosse Heud über Zweck und Ziele der Roten Hilfe und schilderte die Leiden der politischen Gefangenen. Der Erfolg der Versammlung waren 17 Neuaufnahmen in die Rote Hilfe, eine in die Partei und eine gute Zellerksamung.

## Jauer

Christian Heud in Jauer. Am Freitag fand hier eine von der Ortsgruppe Jauer der Roten Hilfe einberufene Versammlung statt,

in welcher der aus den Plänen der bürgerlichen Koalition regierte Genosse Christian Heud über das Thema „Koalitionsregierung und Amnestie“ sprach. Wenn man bedenkt, daß wir mitten in der Ernte stehen, wo ein großer Teil der Arbeiterschaft von frühmorgens bis zum späten Abend schwer arbeiten muß, und wenn man ferner in Betracht zieht, daß die SPD. ihre Anhänger vom Besuch unserer Versammlungen mit allen, auch den dreifachsten Mitteln, abzuhalten versucht, dann können wir mit dem Besuch der Christlan. Deut. Versammlung voll und ganz zufrieden sein. Genosse Heud schilderte meisterhaft die Leiden und Entbehrungen unserer politischen Gefangenen, aber auch das große Uebermaß der roten Hilfe. Treffend zeigte er die Entwicklung der SPD. seit dem Sozialistengesetz und die traurige Rolle, welche letztere jetzt zur Niederknüpfung der revolutionären Arbeiterschaft spielt. Starker Beifall lohnte den Referenten am Schluß seiner Ausführungen. Im Schlußwort hatte Genosse Heud noch Gelegenheit, sich näher mit dem anwesenden Berichterstatter der „Volkszeitung“ zu beschäftigen und diesem eine Reihe von Fragen vorzulegen. Der „Genosse“ Sozialdemokrat wurde durch diese Fragen offensichtlich arg in Verlegenheit gebracht. Da er aber gegen die Ausführungen des Genossen Heud nichts vorzubringen wußte, zog es der Held vor, zu schweigen, dafür aber in der „Volkszeitung“ einige Schmuckwörter über unsere Revolutionäre und die Rote Hilfe zu entleeren. Die drillichen Führer der SPD. sind durch das Beispiel ihrer „größeren“ Parteigenossen angefeuert, auf irgendeine Verjorgung, eine Futtertripp durch ihre Partei bedacht, daß sie bedingungslos jede Politik ihrer Partei mitmachen! Ein Versuch, diese kleinen SPD.-Führer auf den Weg des Klassenkampfes zurückzuführen, wird immer ein Versuch am untauglichen Objekt sein! — Eine Anzahl Aufnahmen für die Rote Hilfe, für den RWB. und die SPD. waren der Erfolg der Versammlung.

Das Einkommen geschmälert wurde dem Parrer Kofhr aus Jauer dadurch, daß ihm sein Nebenamt als Hilfspfleger der hiesigen Strafanstalt entzogen wurde. Das überaus „wichtige“ Amt wird jetzt von dem durch die Auflösung der Strafanstalt Sagan „brotlos“ gewordenen Anstaltsparrer versehen. Durch diese Neuordnung ist für Parrer Kofhr eine nette Einnahmequelle verlegt, nannte doch das „Stadtblatt“ eine jährliche Nebeneinnahme eine Summe von 2000 Mark, welche Herr Kofhr allerdings als zu hoch gegriffen angab. Immerhin dürfte dieser Nebenverdienst der Höhe des Jahresverdienstes eines besser bezahlten Arbeiters entsprechen haben. Es lohnt sich also immer noch, im „Weinberg des Herrn“ zu arbeiten!

Stadtverordneter Buresch gestorben. Am Dienstag verschied nach einer anscheinend gut verlaufenen Operation der Verleger des „Jauerschen Stadtblatts“, der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Hermann Buresch im Alter von 66 Jahren. Der Verstorbene gehörte dem Kreisrat und dem Stadtparlament, wofür letzterem er seit 15 Jahren vorstand, an. Auch dem Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Jauer sowie verschiedenen anderen Institutionen und Vereinen gehörte Buresch an, immer natürlich, als Demokrat bestrebt, die Belange der bürgerlichen Klasse zu wahren. Deutlich kam dies im Stadtparlament zum Ausdruck, wo er oft sogar gegen seine Fraktionskollegen mit der schwarzroten Arbeitsgemeinschaft stimmte.

Verfassungsfeier. Wie alljährlich, so haben auch in diesem Jahre die Behörden zu einer Verfassungsfeier im Schützenhaus auf dem Schießwerder aufgerufen. Angelockt durch das Konzert der Stadtkapelle und nicht zuletzt durch das Feuerwerk, waren auch wirklich etliche Arbeiter unter den Erscheinenden. Aber bei den meisten war es tatsächlich nichts weiter als Neugierde. Zudem sind auch die dunklen Wege und lauschigen Plätze im Schießwerder wie geschaffen für Liebende, so daß man es verstehen konnte, daß gerade die jüngere Generation gut vertreten war. Das bessere Publikum hielt es natürlich nicht für notwendig, inmitten der Arbeiterschaft die Verfassung zu feiern. In den Räumen des Schützenhauses bei einem Glase Wein ließen sie die Republik hoch leben. Dank der Politik der Sozialdemokratie geht es diesen Herren ja auch in der Republik ganz gut, während die Arbeiterschaft von den Segnungen der Republik bisher herzlich wenig gespürt hat.

# Niederschlesien

## Görlitz

### Beshalb ich Sozialdemokrat geworden bin?

Von einem Börjennmaller

Bin Sozialdemokrat geworden, ich stelle mich auf den Boden der Grundzüge der Sozialdemokratie, das heißt ich konnte bisher noch nicht klug daraus werden, welche Grundzüge die Sozialdemokratie hat und was sie mit ihren Grundzügen anjagen will; aber das ist ja nicht so wichtig, Grundzüge werden an der Börje nicht notiert; ich glaube, es ist wie beim Poker, ein Bluff kann nicht schaden. Die SPD. hat gehandelt, wie ein Maller, das heißt ehrlich ist vielleicht eine Uebertreibung, aber das gehört eben zum ehrlichen Geschäft. Das Londoner Geschäft ist ein Geschäft — und die SPD. hat das Geschäft vermittelt. Sie hat doch sojuzagen den Kallier gemacht beim Dawes-Geschäft. Sie hat keine Anlagen geschaut, sie hat Kellern gemacht, sie hat commis voyageurs ausgesandt, den Breitscheid nach Paris usw. Jeder jährliche Geschäftsmann müßte ihr dafür dankbar sein. — Das Kapital hat freie Hand, die Arbeiter werden arbeiten, sie werden dazu angehalten werden, Steuern zu zahlen, — das Geschäft hat Ausichten. — Und was verlangt die Sozialdemokratie? Sie hat einen Anspruch auf Provision nach allen Geschäftsanlagen. Das Objekt ist ein kleines, 24 Milliarden jährlich bar für Reparationen und die vermehrte Arbeitsleistung, die doch kommt, wenn die Arbeiter 10 und 12 Stunden arbeiten, nicht mitgerechnet. Die SPD. könnte ein paar Prozente Provision verlangen, das wären ein paar hundert Millionen und ihre Geschäftsanlagen (Kellern, Reije, Breitscheid). Und was verlangt sie? Bloß einige Ministerposten im Werte von höchstens ein paar Millionen Mark jährlich Gehälter. Das ist doch jrotzwillig, wo sie sich doch wirklich bemüht hat. Und da wollen die Deutschnationalen sie um die ehrlich verdiente Provision bringen? Mag sein, daß sie glauben, jetzt keine Sozialdemokraten mehr nötig zu haben, daß sie jetzt wo die SPD. die Arbeiter berahigt, ganz gut allein fertig werden können. Aber, da muß ich doch sagen, Geschäft ist Geschäft, wo soll das Mallergeschäft bleiben, wenn man die verdiente Provision nicht zahlt? Also ich sage, jeder ehrliche Börjennmaller muß Sozialdemokrat werden! Sie hat mit uns gemeinsame Interessen. Sie kämpft für die heiligen Arbeiterrechte, wo sollen wir Arbeiter bleiben, wenn man die Provision nicht zahlen will!

Vor dem Klassenkampf der Sozialdemokratie habe ich schon lange keine Angst. So ein Proletariat wie Leinert bin ich Gott sei Dank auch. Und von wegen Steuern bin ich sicher, die Sozialdemokraten werden schon dafür sorgen, daß die Vorjennener noch mehr gekürzt wird. Die Sozialdemokratie ist doch am Geschäft interessiert. Wenn man Geld macht, wie Herr Leinert, muß man dafür sorgen, daß das Geschäft blüht.

Also ich sage, die Sozialdemokratie ist unsere Partei!

Schwarz-Blau. In der Reichertfrage stürzte ein Arbeiter vom Mastbaum und zog sich schwere Verletzungen zu.

## Sagan

### Tarifvertragswesen und Erwerbslosigkeit

Einige der größten Uebelstände in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, vor allem in der Nachkriegszeit, ist das Tarifvertragswesen, wie die Reformisten es tätigen, und die Inanspruchnahme der Schlichtungsstellen, ohne die ein Kampf für die Gewerkschaftsführer gar nicht zu denken ist. Eine Analoge für die getätigten schließlichen Schiedsprüche, deren demotivierende Kraft für die Kampfstimmung einzelner Betriebe und Bezirke ein warnendes Beispiel sein sollten, hier zu geben, halte ich im Rahmen des heutigen Artikels für verfehlt. Wichtiger ist die Frage der Laitit der Gewerkschaften im Verhältnis zu der Erwerbslosigkeit, die sehr treffend beleuchtet wird durch eine Statistik des Reichsarbeitsministeriums, aus deren Zahlen wir ersehen, daß die arbeitserfindliche Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer nicht ganz unschuldig ist, daß das Erwerbslosentum der Charakter einer vorübergehenden industriellen Rezessionsarmee verloren hat, und zu einem strukturellen Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems geworden ist. Betrachten wir uns einmal die Statistik des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Januar 1927, die in Nr. 31 des „Textilarbeiters“ veröffentlicht wird. In 67 946 Betrieben mit einer Belegschaft von 1 166 292 Personen wurden mit einer Arbeitszeit von 42–48 Stunden 594 Tarife abgeschlossen. Die entscheidende Frage liegt nun in den Abschlüssen über 48 Stunden. Die Statistik drückt sich in diesem Punkt sehr vorzüglich aus und veranschlagt, bis zu welcher Höhe über 48 Stunden gearbeitet wurde. Es heißt da: In 663 123 Betrieben mit einer Belegschaft von 9 060 756 Personen wurden 6360 Tarifverträge über 48 Stunden abgeschlossen. Im Kommentar des „Textilarbeiters“ lesen wir: „an sich ist das Bild über die Arbeitszeit nicht ungünstig.“ Es gehört wahrlich viel Demagogie dazu, solche Gedanken zu äußern in einer Zeit, wo 9 Millionen Arbeiter durch eine vollkommen reaktionäre Tarifpolitik gezwungen werden, über 48 Stunden zu arbeiten, auf der anderen Seite aber Hunderttausenden die Möglichkeit genommen wird, überhaupt in den Produktionsprozess zu gelangen. Dies sollten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftler doch einmal durch den Kopf gehen lassen, und sie werden zu der Schlußfolgerung gelangen, daß Voraussetzung für eine zielfare Politik der Gewerkschaften ist, die Jurüderoberung des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder, Befreiung der Schlichtungsstellen (sprich Abmürgerjillalen) und entschiedener Kampf gegen die Lätigung langfristiger Tarifverträge und der Kampf um die 42-Stunden-Woche. Aus der Statistik geht hervor, daß sogar Tarife mit vierjähriger Laufdauer abgeschlossen wurden. Hier muß die Art an die Wurzel gelegt werden. Nur wenn der Kampf der Opposition auf dieser Basis geführt wird, ist es möglich, den sozialdemokratischen und indifferenten Arbeitern zu beweisen, daß der reformistische Kurs nicht zum Nutzen der Gesamtarbeiterschaft ist, sondern eine Entwicklung zur weiteren Demo-

ralisierung und Passivierung derselben mit dem Endziel, ein kammfrommes Schacherobjekt zu erzeugen. Verhindert wird dieses nur durch aktive Unterstützung der Opposition, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Gewerkschaften auf ein festes revolutionäres Fundament zu stellen.

## Grünberg

Beutben a. d. O. Gegen Dummheit ist kein Kraut gewachsen. Als dieser Tage ein Genosse dem Bädermeister Kuptan die „AZ.“ anbot, erhielt er den Bescheid: „Für so eine Zeitung habe ich nichts übrig!“ So spricht ein wildegewordener Spießer, dessen Existenz von den Proleten abhängt, denn 80 Prozent seiner Rundschaft sind Proleten. Die Arbeiterschaft aus Beutben a. O. muß daraus die einfache Lehre ziehen, daß sie ihren Bedarf bei den Kaufleuten deckt, die auch die Arbeiterpresse unterstützen, dann wird Herr Kuptan bald eines besseren belehrt sein.

### Erfolg der Erwerbslosen

Unter dem Druck der Erwerbslosen hat das hiesige Arbeitsamt die Zwangsverjcheidung nach Frankenstein in Sachen einstellen müssen. Nachdem die letzten drei Grünberger von Frankenstein zurückgekehrt sind und die Zustände, welche dort auf dem Bahnbau herrschen, geschildert haben, machte das Arbeitsamt bekannt, daß genügend Arbeitskräfte dort vorhanden sind. Erwerbslosge Kollegen, hier habt ihr wiederum den Beweis, daß, wenn ihr geschlossen zusammensteht, euer Wille respektiert werden muß. Darum schließt euch noch fester zusammen, um allen Angriffen gegen eure Rechte ein Paroli zu gebieten. Erkennt, wenn ihr euer Elend zu verbanen habt und kämpft mit den Kommunisten für eine Verbesserung eurer Lebenslage, für die Beseitigung des kapitalistischen Systems, für eine Regierung der Arbeiter und Bauern in Deutschland.

### Schützenrummel mit SPD.

Der deutsche Spießer kann nun einmal nicht anders, er muß sich von Zeit zu Zeit einmal in irgendeiner Kostümirung auf der Straße zeigen. Da ziehen die tapferen Bürger nun mit Tching-tching Bum-bum durch die Straßen, der eine mehr oder weniger mit Viechorden behangen, einzelne richtige Kumpnerladen. Da freut sich sein Spießerberg, stramm schwenkt er die F- oder D-Beine und fñhlt sich bei der Parade wieder als echter deutscher Mann. Viele gehässige Reuichen jagen, der Schützenverein gehört auch zu den militärischen Organisationen, aber sollte dies doch möglich sein? Aber nein, denn der Fahnenträger der hiesigen Schützen ist doch ein frommes Mitglied der SPD. und stand doch auf der Kandidatenliste der SPD. Was jagen die Arbeiter der SPD. zu solchen Schützenvereinsmitgliedern? Doch der Fahnenträger denkt, ich mache doch nichts anderes als meine Genossen Löbe und Seering, die halten sogar noch Reden bei ähnlichen Anlässen, bei denen das gesamte Bürgertum frenetisch Beifall klatscht. Ja, ja, es ist weit gekommen! Hindenburg-Paraden, „Bremen“-Flieger, in Holzminen Ebert-Gindenburg-Haus. Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zur SPD., doch nur so lange, bis das revolutionäre Proletariat sich erhebt und dem ganzen Spa! ein jähes Ende bereitet.